Dresdner Volkszeitung

Postscheck-Konto: Leipzig, Kaden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 210 | Dresden, Freitag den 10. September 1920 | 31. Jahrg.

Erwerbslosenunruhen in Dresden

Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten — Anklagen gegen die Gendarmerie — Schießereien am Postplatz — 22 Schwerverletzte

Vor dem Zentralarbeitsnachweis auf der Marienstraße bildeten sich gestern in der dritten Nachmittagsstunde stärkere Ansammlungen Erwerbsloser. Die Demonstranten forderten die Entfernung eines Beamten, der sich unbeliebt gemacht haben soll. Die Ansammlungen, an denen sich zunächst etwa 400 Personen beteiligten, wuchsen im Laufe des Nachmittags auch durch den Zulauf Neugieriger zu immer größerem Umfange an und verbreiteten sich schließlich auch über den Postplatz und die umliegenden Straßen. Da die Beamten des Zentralarbeitsnachweises bedroht worden sein sollen, bekamen Abteilungen der Stadtgendarmerie und der Landessicherheitspolizei den Auftrag, die Menschenmassen zu zerstreuen. Sie machten das Grundstück des Zentralarbeitsnachweises frei und sperrten die Marienstraße ab. Daraufhin sollen Versuche gemacht worden sein, die Polizeimannschaften zu entwaffnen, die nun mit Gummiknüppeln vorgingen. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. Auf der Verbandstation in der Wallstraße wurden 18 Verletzte behandelt, die zumeist Hiebverletzungen hatten. Eine dreißigjährige Frau kam im Gedränge zum Sturz, zog sich ein Schultergelenk aus und erlitt einen Oberarmbruch. Sie wurde im Automobil nach dem Krankenhaus gebracht.

Die Ansammlungen, die sich immer von neuem bildeten, zogen sich schließlich auch nach dem Altmarkte hin und dauerten bis in die Nachtstunden an. Abends durchzogen singende Trupps die Straßen.

Am Postplatze kam es im Zusammenhang mit diesen Vorgängen spät abends noch zu einer Schießerei, über die uns berichtet wird:

Als die Menge in der Nähe des Automatenrestaurants den Reichswehrsoldaten Albert Rammelt entwaffnen wollte, gab dieser mehrere Schüsse ab. Der Soldat wurde arg bedrängt und mußte flüchten. Eine Menschenmenge folgte ihm bis zur Ecke der Freiberger Straße und Ammonstraße. Die Verfolger schlugen und stachen auf ihn ein, bis er zusammenbrach. Er wurde mit Stichwunden am Kopf und Leib aufgehoben und mit Unfallauto dem Reservelazarett I zugeführt. Sein Zustand ist besorgniserregend. Ins Krankenhaus Friedrichstadt wurden vier Schußverletzte eingeliefert. Unter ihnen befindet sich der in der Vorsbergstraße wohnende Kammermusiker Artur Zenker, der, in der Straßenbahn sitzend, einen Kopfschuß erhielt. Die Kugel konnte noch nicht entfernt werden. Er war bei vollem Bewußtsein. Ferner wurden durch Schüsse verletzt der in der Viktoriastraße wohnende Johannes Schreiner und der in der Friedrichstraße wohnhafte Fritz Kreische. Es handelt sich um Verletzungen am Oberschenkel, an der Hüfte und an der Hand. Die erste Hilfe erhielten die Angeschossenen in der Sanitätswache in der Wallstraße.

Alle Nachrichten, die über diese Vorgänge vorliegen, sind auch heute noch sehr ungenau und widersprechen zum Teil einander. Es läßt sich daher noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wen die Schuld an den blutigen Folgen dieser Demonstrationen trifft. Und wie immer bei solchen Vorgängen, bei denen eine Erregung die andre hervorruft und steigert, wird das auch diesmal kaum genau festzustellen sein. Wir enthalten uns deshalb auch vorläufig jedes Urteils über die Vorgänge und geben lediglich die Nachrichten wieder, die uns darüber zugehen.

22 Schwerverletzte

Wie uns vom Erwerbslosenrat mitgeteilt wird, sind bei ihm bis heute vormittag 22 Schwerverletzte gemeldet worden, die hauptsächlich Schädelbrüche, Armbrüche und ähnliche Verletzungen erlitten haben.

Die Vorgänge im Z.-A.-N.

Der Zentralarbeitsnachweis teilt uns mit: Am 9. September kam es nachmittags zu Zusammenrottungen Erwerbsloser. Kurz nach 1½ Uhr stürmten etwa 80—100 fast durchgängig jugendliche Erwerbslose in das Grundstück Marienstraße 17 und begaben sich zunächst nach der landwirtschaftlichen Abteilung, um deren Abteilungsleiter herauszuholen, weil dieser unbeliebt sei. Der Abteilungsleiter befand sich im Schreibmaschinenzimmer. Die Erwerbslosen durchsuchten zunächst die landwirtschaftliche Abteilung und die andern Räume der Hallen 1 und 2 und begaben sich dann nach dem Verwaltungsgebäude, in dem sie ebenfalls alle Zimmer nach dem betreffenden Angestellten durchsuchten. Nachdem die Erwerbslosen diesen im letzten zu durchsuchenden Zimmer vermuteten und dieses Zimmer verschlossen fanden, erkletterten einige junge Burschen aus einem Nebenraum auf das Dach und versuchten durch die Fenster des Schreibmaschinenzimmers in dieses zu gelangen. Dem Eingreifen der Angestellten und einem Mitgliede des Erwerbslosenrates ist es gelungen, die Erwerbslosen aus dem Gebäude herauszubringen. Inzwischen war es auch dem betreffenden Angestellten gelungen, das Grundstück Marienstraße 17 zu verlassen. Vom Zentral-Arbeitsnachweis war das Polizei-Präsidium um Schutz ersucht worden. In Gemeinschaft mit der beim Eintreffen der Gendarmerie bereits anwesenden Sicherheitspolizei ist es gelungen, das Grundstück des Zentral-Arbeitsnachweises in kurzer Zeit von den eingedrungenen Erwerbslosen zu säubern.

Sind die Polizeibeamten zu scharf vorgegangen?

Der Telunion-Sachsendienst, dem wir die Verantwortung dafür überlassen müssen, verbreitet Berichte von Augenzeugen, in denen behauptet wird, daß das zu scharfe und rücksichtslose Vorgehen der Sicherheitspolizei den schlimmen Verlauf der gestrigen Unruhen verschuldet habe. Ein Augenzeuge berichtet:

In der fünften Stunde gehe ich durch die Seestraße und biege hinter einer Patrouille der grünen Sicherheitspolizei in die Webergasse ein. Uns entgegen kommen drei Beamte der städtischen Polizei, verfolgt von einer johlenden Menge Erwerbsloser. Beim Ankommen der Patrouille der Landessicherheitspolizei stockt die Menge, folgt aber, als sich diese der Markthalle zuwendet, den drei Gendarmen bis in die Rosmaringasse. Die Beamten wurden vereinzelt mit Gegenständen beworfen, doch war der Grund, weshalb sie verfolgt wurden, nicht genau zu erfahren. Ich hatte die Menge in der Webergasse verlassen und mich nach der Schloßstraße zugewandt und stand an der Ecke Rosmaringasse, als die drei Beamten, immer noch gefolgt von den Arbeitslosen, in diese Gasse einbogen. Plötzlich stürzten im Laufschritt aus der Schössergasse ungefähr 25 weitere Schutzleute mit blanken Säbeln und Gummiknütteln auf die in der Gasse befindlichen Demonstranten, ebenso von der Schloßgasse her ein Aufgebot. Jeder der in der Gasse Befindlichen, gleichviel ob Passant oder Erwerbsloser, wurde unbarmherzig von den wie wütend um sich schlagenden Beamten mit den Gummiknütteln bearbeitet. Ich selbst habe zwei tüchtige Hiebe über den Kopf bekommen, trotzdem ich ganz ruhig dastand, und mußte in einen Laden flüchten, aber auch hier drangen die Beamten ein und schlugen auf die darin befindlichen Leute los. Nur dem Umstande, daß ich besser gekleidet war wie meine Leidensgefährten, hatte ich es, glaube ich, zu verdanken, daß ich diesmal verschont blieb. Einem Herrn in eleganter Kleidung ging es genau so wie mir. Ich will mich nun durch die Wilsdruffer Straße nach Hause begeben und gerate in der Wallstraße vor dem Telegraphenamt wieder in einen schreienden Menschenhaufen hinein. Aus der Scheffelstraße kamen dieselben Beamten und forderten die Leute, die wie eine Mauer standen, auf, auseinanderzugehen. Als nicht sofort Folge geleistet wurde, wiederholte sich derselbe Vorgang. Wie wahnsinnig schlugen die Beamten auf die Leute ein. Gerade hier am Brennpunkt des Verkehrs standen und gingen Hunderte von harmlosen Passanten und einkaufenden Frauen. Von allen Seiten wurde das Vorgehen der Beamten auf das entschiedenste verurteilt. Ein einziges von vielen Beispielen: Ein Herr Kurt Rätsch, wohnhaft Räcknitzstraße 5, der ins Kino an der Wilsdruffer Straße wollte, wurde von den Beamten, ungefähr sechs Mann, festgenommen und bekam mehrere Hiebe auf den Kopf, trotzdem er nicht eine Hand rührte. Ich habe den Vorfall genau mitansehen müssen und er kann durch drei Zeugen bekräftigt werden.

Die Darstellung des Erwerbslosenrats

Mahnung zur Ruhe!

Vom Erwerbslosenrat geht uns folgende Darstellung der gestrigen Unruhen zu: In unerhörter Weise hat sich gestern nachmittag Gendarmerie und Landessicherheitspolizei in dem Grundstück des Zentralarbeitsnachweises betätigt. Am Vormittag dieses Tages fanden in Strehlen und im Kristallpalast Erwerbslosenversammlungen statt. Diese verliefen ohne jeden Zwischenfall und in bester Ordnung. Im Kristallpalast erhielt der Erwerbslosenrat den Auftrag, Rücksprache mit der Verwaltung des Z.-A.-N. zwecks Entlassung zweier Beamten zu nehmen. Diese sollen sich bei den Erwerbslosen mißliebig gemacht haben. Nach der Versammlung fand sich vor dem Verwaltungsgebäude des Z.-A.-N. ein Trupp von 50—60 Personen ein, die die sofortige Entlassung der beiden Beamten forderten. Unnütze Elemente verübten unter Johlen und Schreien allerlei Unfug. Erwerbslosenratsmitglieder gaben sich die größte Mühe, die Leute zum Verlassen des Platzes zu bewegen, was ihnen auch zweifellos, wie die Beamten des Z.-A.-N. bezeugen können, gelungen wäre. Da erschien eine Abteilung der 3. Hundertmannschaft der Landessicherheitspolizei, kurz darauf eine Abteilung Gendarmen. Diese, die von einem angeblichen Gendarmen in Zivil geführt wurde, drang, ohne daß vorher eine Aufforderung an die Menge zum Auseinandergehen gerichtet worden wäre, mit dem Rufe: „Nun aber feste drauf auf die Lumpen" auf die Leute ein. Auch die Sicherheitswehr, die sich zuerst zurückhaltend benahm, folgte nun dieser Aufforderung zu Gewalttätigkeiten. Wahllos hieben die Gendarmen mit Gummiknüppeln, Seitengewehren und Schlagringen, die Landessicherheitspolizei mit Gewehrkolben auf die flüchtenden wehrlosen Leute ein. Eine 70 Jahre alte Frau wurde von den Beamten in unerhörter Weise mißhandelt. Leute, die schon am Boden lagen, erhielten noch Schläge mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben und wurden noch mit Fußtritten regaliert. Auf der Marien- und Wallstraße setzte man diese Heldentaten auch an dem sogen. besseren Publikum fort. Auch Regierungskommissar Busch bekam die „Schlagfertigkeit" der Beamten am eigenen Leibe zu spüren. Schreiber dieses, der den angeblichen Polizeibeamten in Zivil feststellen lassen wollte, wurde von dem die Abteilung Gendarmen führenden Inspektor in rohester Weise am Genick gefaßt, ihm Hemd und Kragen zerrissen, geschüttelt und mit den Ausdrücken Lump und dergleichen bedacht. Nur dem Dazwischentreten von Beamten des Z.-A.-N. hat er es zu verdanken, daß ihm nichts Schlimmeres passierte. Ein andres Erwerbslosenratsmitglied wurde in empörendster Weise mißhandelt, wie die Beamten des Z.-A.-N. bekunden können. Dabei war dieser Mann gerade einer derjenigen, der die Menge beruhigte.

Der Erwerbslosenrat ermahnt die Erwerbslosen, unter allen Umständen Ruhe, Besonnenheit und kaltes Blut zu bewahren und sich unter keinen Umständen provozieren zu lassen. Gleichzeitig ersucht der Erwerbslosenrat alle Personen, die geschlagen und mißhandelt worden sind oder als Zeuge dienen können, sich auf dem Erwerbslosenratsbureau, Marienstraße 17, Eingang 8, zu melden.

Der Bericht des Polizeipräsidiums

Das Polizeipräsidium schreibt zu den gestrigen Vorgängen: Ueber die gestrigen Vorgänge vor dem Zentralarbeitsnachweis werden von unverantwortlichen Elementen und Hetzern die unsinnigsten Gerüchte verbreitet. So wurde z. B. der aufgeregten Menge gestern mitgeteilt, es wären zwei Frauen von Polizeibeamten erschlagen worden. An diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Wahr ist vielmehr folgendes:

In der dritten Nachmittagsstunde waren in das Grundstück des Arbeitsnachweises auf der Marienstraße etwa 400 Erwerbslose eingedrungen, um einen unbeliebten Beamten herauszuholen. Zu dieser Zeit war der Arbeitsnachweis für den Verkehr mit dem Publikum, wie allgemein bekannt ist, geschlossen. Die von dem Arbeitsnachweis zu Hilfe gerufene Stadtgendarmerie sah sich einer johlenden und drohenden Menge gegenüber, die den Arbeitsnachweis zu stürmen im Begriff war und außerdem einen [illegible] Mann der Sicherheitspolizei arg bedrängte. Sie wurde von dem betreffenden Führer der Gendarmerie zum Verlassen des Grundstücks aufgefordert. Als dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, schritt die Polizei unter Anwendung ihrer Gummischläger ein. Dabei sind zwölf Personen, und zwar sechs männliche und sechs weibliche, verletzt worden. Die Verletzungen sind bei acht Personen leichter, bei vier Personen etwas schwerer Natur. Bedenklich oder etwa lebensgefährlich ist keine der Verletzungen. Daß bei solchen Tumulten jemand einen Schlag erhalten kann, der weniger daran beteiligt ist als andre, die sich erfahrungsgemäß rechtzeitig in Sicherheit zu bringen verstehen, ist nicht zu vermeiden. Man soll aber nicht glauben, daß das bei derartigen Vorgängen vertretene weibliche Element sich der polizeilichen Gewalt gegenüber etwa zurückhaltend benimmt. Gerade das Gegenteil ist vielmehr zumeist der Fall, wie auch schon daraus hervorgeht, daß unter den verletzten Personen sich sechs weibliche befanden. Die Gendarmerie hat das Grundstück des Arbeitsnachweises geräumt.

Im Anschluß an diesen Vorgang ist es in der vierten Nachmittagsstunde zu erheblichen Ansammlungen von Erwerbslosen und Aufrührern in der Wallstraße gekommen, als die Verletzten in der dort befindlichen Unfallstation Aufnahme begehrten. Bei dieser Gelegenheit ist der Oberinspektor der 1. Polizeibezirkswache mit zwei Wachtmeistern von der Menge aufs ärgste bedrängt und durch einen Brikettwurf an den Kopf erheblich verletzt worden. Ebenso hat die Menge den Genannten, der infolge seiner Verletzung mit den beiden Wachtmeistern zur Wache zurückkehren mußte, weiter verfolgt. Dabei ist dem einen Wachtmeister von einem der Verfolger ein Bein gestellt worden, so daß er hinstürzte und so unglücklich zu Fall kam, daß er kurz darauf besinnungslos zusammenbrach. Die dem Bedrängten zu Hilfe geeilte Wachtmannschaft hat dann die wütende Menge zurückgetrieben.

Die Ausschreitungen haben später in den Abend- und Nachtstunden ihre Fortsetzung gefunden. Man hat in der rohesten Weise einzelne Polizeibeamte bedrängt und zum Teil stark mißhandelt. Im Hotel Bleich in der Prager Straße ist die starke Scheibe einer Windfangtüre von der Menge zerschlagen worden. Darauf ist die Menge unter Anführung eines Mannes in [illegible] Kleidung nach der Annenstraße gezogen, hat dann dort und auf dem Postplatz mehrere Straßenbahnwagen nach Soldaten durchsucht und hat mehrere Soldaten, die sich der Menge gegenüber natürlich nicht wehren konnten, entwaffnet und mißhandelt. Hierauf ist sie nach der 7. Polizeibezirkswache gezogen und hat diese zu stürmen versucht, was ihr aber dank der Haltung der Polizeibeamten nicht gelang. Die zum Schutze der Wachen und zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Ordnung in den Straßen entsandten Polizeitrupps sahen sich auf dem Postplatz zumeist halbwüchsigen Burschen und unlauteren Elementen gegenüber und waren dort genötigt, einer Militärperson, die die Menschenmenge unter den Rufen „Bluthund" und „Schlagt ihn tot!" lynchen wollte, zu Hilfe zu kommen und zu befreien. Daraufhin nahmen die Aufrührer den Polizeibeamten gegenüber eine so drohende Haltung ein, daß diese sich, nachdem sogar einige Schüsse aus der Menge gefallen waren, nach den vorschriftsmäßigen Zeichen zur Wehr setzen und zu ihrer Verteidigung und zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung von ihren Hiebwaffen Ge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200910/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] … und die Hilfe von [illegible] … gegen [illegible] … Tumult [illegible] … in der Leute die … in den [illegible] … sehr lebhafte Menge beharren. [illegible] … Umstände lich, aber lediglich den [illegible] … Aufrecht-zuzuschreiben, daß die Anbe[illegible] … Gefahr nicht fassung der [illegible] … rechtzeitig entfernen. … immer wieder zu betonen, daß die Polizei in derartigen … bei Ausübung ihres in diesen unruhigen Zeiten ganz besonders schweren Berufes und Dienstes so wenig Verständnis und Unterstützung beim Publikum findet. Es sei deshalb bei dieser Gelegenheit, wie schon früher, ein dringender Appell an das Publikum gerichtet, die Polizei bei derartigen Anlässen künftig nach besten Kräften zu unterstützen, die fest entschlossen ist, auch in Zukunft derartigen Ausschreitungen zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Das Polizei-Präsidium erläßt folgende

Bekanntmachung

In den letzten Wochen ist es in Dresden zu Angriffen auf uniformierte Beamte gekommen. Es sind Beamte entwaffnet und mißhandelt worden. Es ist der Versuch gemacht worden, Beamte aus ihrem Arbeitszimmer herauszuholen und den Gewalttätigkeiten aufgehetzter Volksmassen auszuliefern. Auch zu Plünderungen von Geschäften ist es gekommen. Erfahrungsgemäß gehen derartige Ausschreitungen auf unreife Burschen und politisch aufgeputschte Personen zurück, die die Notlage der Erwerbslosen und das Mitgefühl, das diesen geschuldet wird, für ihre verbrecherischen Absichten und ihre phantastischen politischen Pläne mißbrauchen.

Der Erwerbslosenrat hat damit nichts zu tun. Die Mehrheit der Erwerbslosen erkennt die Gefahr, die ihrer Sache durch solchen Mißbrauch droht. Es wird künftig derartigen Ausschreitungen mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengewirkt werden. Die Menschenansammlungen auf den Straßen und Plätzen Dresdens während der letzten Tage haben vielfach zu solchen Ausschreitungen geführt. Sie gefährden daher auf das Schwerste die öffentliche Sicherheit.

Auf Anordnung des Ministerpräsidenten werden daher alle Versammlungen unter freiem Himmel und Menschenansammlungen andrer Art auf den Straßen und Plätzen verboten.

Uebertretungen dieses Verbotes werden unter allen Umständen verhindert werden. Die Einwohner Dresdens, namentlich auch die Erwerbslosen, werden dringend ersucht, sich in ihrem eigenen Interesse von Straßenversammlungen und Aufläufen fernzuhalten, damit nicht Unschuldige zu Schaden kommen.

Dresden, 10. September 1920.

Das Polizeipräsidium.

Die brennende Not

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages setzte heute die Beratungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fort und beschäftigte sich vor allen Dingen mit den wirtschaftlichen Ursachen der Krise, über die Staatssekretär Hirsch und die Abgeordneten Robert Schmidt (Soz.) und Erkelenz (Dem.) sprachen.

Aus den Beratungen ist mitzuteilen, daß für die deutsche Textilindustrie große Aufträge für die Bergwerke vergeben worden sind, und daß ähnliche Aufträge an die Metallindustrie durch das Verkehrsministerium erfolgen sollen. Das Gerücht, nach welchem größere Lokomotivbestellungen aus Rußland an zu hohen Preisforderungen der deutschen Industrie gescheitert seien, wurde vom Arbeitsminister dahin berichtigt, daß solche Differenzen im ersten Stadium der Verhandlungen vorhanden gewesen, aber jetzt überwunden seien, und daß auf deutscher Seite keine Hindernisse für Ausführung dieser Bestellungen mehr vorliegen.

Ueber geplante Entlassungen auf den deutschen Eisenbahnen konnte der Arbeitsminister keine Auskunft geben, sprach aber die Erwartung aus, daß solche Entlassungen, wenn sie etwa wegen der schlechten finanziellen Ergebnisse der Eisenbahnen notwendig würden, ohne Härten und erst in dem geeigneten Zeitpunkt erfolgen könnten.

Die Sozialdemokraten vertraten im Ausschuß die Anschauung, daß die Regierung durch großzügige Maßnahmen zur Hebung der Bautätigkeit, durch Herabsetzung der Preise für Rohstoffe, besonders auch durch Herabsetzung der Holzpreise und durch ungewöhnliche Zuschüsse an Baugenossenschaften zur Hebung der Arbeitslosigkeit beitragen müsse.

Vom Abgeordneten Mumm (Dnat.) ist ein Antrag eingegangen, der gesetzliche Maßnahmen gegen die Auswanderungsagenturen nach Rußland verlangt.

•

Es ist zu begrüßen, daß sich unsre Genossen in dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß dafür eingesetzt haben, daß größere Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Oft genug haben wir schon darauf hingewiesen, welch ungeheurer Wahnsinn es ist, daß wir fast gar keine Wohnungen bauen lassen, während viele Hunderttausende arbeitslos umherlaufen. Leider können wir unsern Parteigenossen in den Regierungen und Parlamenten den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht rechtzeitig mit der genügenden Energie für die notwendige Förderung des Wohnungsbaus eingetreten sind. Als die noch jetzt gültigen Bestimmungen über die Baukostenzuschüsse beraten wurden, haben die Vertreter des gemeinnützigen Wohnungsbaues die Regierung nachdrücklich gewarnt. Sie haben vorausgesagt, daß der Wohnungsbau vollständig zum Stilliegen kommen müsse, weil die von der Regierung vorgesehenen Baukostenzuschüsse völlig unzureichend seien, und daher niemand das große, mit dem Bau von Wohnungen verbundene Risiko auf sich nehmen könne. Damals hatten wir einen sozialdemokratischen Arbeitsminister, trotzdem haben die Warnungen der Vertreter des gemeinnützigen Wohnungsbaues nichts gefruchtet, und die Folgen sehen wir jetzt, eine von Tag zu Tag steigende Wohnungsnot und eine gewaltige Arbeitslosigkeit! Auch unsre Parteigenossen in der Nationalversammlung haben damals gegen die unzureichende Bemessung der Baukostenzuschüsse, so weit uns bekannt ist, **nicht** Einspruch erhoben.

[illegible] … Ausdruck … [illegible] … die Betei[illegible] … Verständnis für die Bedürfnisse … Wohnungs… [illegible]

Auch die … Stadtverordneten … in Frage kommenden Verordnungen … ausreichend werden … einer Zeit geschaffen wurden, wo Sozialdemokraten in den zuständigen Ministerien, Reichs- und Wirtschaftsministerium, saßen. Die auf Grund einer Reichsverordnung eingesetzten Wohnungskommissare haben ganz unzureichende Vergünstigungen und zur Bekämpfung der Preistreiberei der Zement-, Ziegel- und Kalkverbände … nichts getan. Auf dem Kasseler Parteitag soll ja die Wohnungsfrage erörtert werden. Hoffentlich führen die Kasseler Verhandlungen dazu, daß in Zukunft die Sozialdemokratische Partei der Frage des Wohnungsbaues mehr Verständnis entgegenbringt als bisher.

•

Arbeitslosenfürsorge im Ausschuß

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beendete am Donnerstag nachmittag die Aussprache über die Arbeitslosenfürsorge, und zwar mit dem Ergebnis, daß fast alle sozialdemokratischen und unabhängigen Anträge abgelehnt wurden. Die Ablehnung erfolgte zumeist mit 16 bürgerlichen gegen die 12 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien, hin und wieder auch mit 15 gegen 13 Stimmen. Das kam daher, weil das Zentrum alle Arbeitervertreter, die es früher für sozialpolitische Anträge delegierte, aus dem Ausschuß zurückgezogen hat und bei den Demokraten nur der Abg. Erkelenz als Arbeitnehmervertreter stimmte. Daß die beiden Rechtsparteien keinen Arbeitervertreter in ihren Reihen zählten, wird man demnach verstehen. Fabrikbesitzer, Bergwerksdirektoren, Verbandssyndici und dergleichen waren ihre Sachverständigen für Arbeitslosenfragen. Kein Wunder, daß sogar die selbstverständliche Forderung, die Sätze der Erwerbslosenunterstützung den besonderen Bedürfnissen des Winters anzupassen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen erkämpft werden mußte. Auch sonst fanden nur die Kompromißanträge des Zentrums und der Demokraten Annahme, die eine besondere Fürsorge für langfristige Erwerbslose und eine gesetzliche Gestaltung der bisher geltenden Verordnungen und der produktiven Erwerbslosenunterstützung verlangten oder auf die Inangriffnahme von Bahn- und Kanalbauten, Oedlandkulturen, Siedelungen und die Senkung der Preise für Baustoffe und Düngemittel hinzielten. Angenommen wurde ein Antrag Meyer (Soz.), den Ländern mit besonders schweren Arbeitslosenlasten, wie z. B. Sachsen, Hamburg und dergleichen, Erleichterungen zu gewähren.

Der Geist der Beratungen spiegelte sich in einem Ausspruch des Volksparteilers Gebhardt von der Deutschen Volkspartei wider, der ausführte, wer nach 26 Wochen Arbeitslosigkeit noch keine Arbeit gefunden hat, der hat bewiesen, daß er

nicht arbeiten will.

Ein Ausspruch, der stürmische Entrüstung bei den Linksparteien hervorrief. Am Ende einigte man sich dahin, daß die weiteren Maßnahmen des Arbeitsministeriums über die Erwerbslosenfürsorge mit einer kleinen Unterkommission des Ausschusses besprochen werden sollen, in welche jede Partei einen Abgeordneten entsendet. Schon jetzt ergab sich das merkwürdige Verhältnis, daß die Zugeständnisse des Arbeitsministeriums und des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium oft weiter gingen als die Forderungen der bürgerlichen Parteien. Wenn sich diese den dringenden Bedürfnissen der Arbeitslosen in der Kommission nicht geneigter zeigen, werden sie eine schwere Verantwortung für die Gestaltung der inneren Verhältnisse Deutschlands auf sich laden.

Am heutigen Freitag beginnt der Ausschuß die Beratung der agrarischen Anträge über Verlängerung der Frühdruschprämie und die Angleichung des Hafer- und Gerstenpreises an den Roggenpreis. Bleibt die Haltung der bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses so „volksfreundlich" wie bisher, dann dürften die Abgeordneten der sozialdemokratischen Parteien die sofortige

Einberufung des Reichstages

zur Nachprüfung der Ausschußbeschlüsse verlangen.

Neue Verschärfung der Lage in Italien

Wie unterm 9. September aus Basel gemeldet wird, hat die Bewegung der italienischen Metallarbeiter durch den Beschluß des Industriellenverbandes, die Verhandlungen nicht vor Räumung der Fabriken durch die Arbeiter wieder aufzunehmen, eine Verschärfung erfahren. Gleichzeitig haben die andern Industriellen sich mit den Beschlüssen der Stahlwerke und Maschinenfabriken solidarisch erklärt. Die Gefahr ist daher akut geworden, weil diese Beschlüsse von den Gewerkschaften am Freitag mit der Besetzung der Fabriken und Betriebe aller übrigen Industrien beantwortet werden. Um so mehr gelten die Einigungsaussichten als getrübt, als die Arbeitgeber jede politische Einmischung auf wirtschaftlichem Gebiet ablehnen und eine unparteiische Behandlung der Lohnstreitigkeiten unter Verzicht auf jeden gewaltsamen Eingriff in die Betriebe verlangen. Viele sozialistische Abgeordnete meinen, einen sofortigen außerordentlichen Zusammentritt der Kammer zu fordern, um einen gesetzlichen Ausgleich der schwebenden Streitfrage herbeizuführen. Zu diesem Zweck wird am Donnerstag in Mailand die sozialistische Kammergruppe zusammentreten, die vermittelnd und versöhnend wirken will. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, D'Arragona, und auch Regierungsmitglieder nehmen daran teil.

Nach einer Meldung der Pariser Information aus Rom ist es dem Arbeitsminister Labriola nicht gelungen, eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen. Ministerpräsident Giolitti hat deshalb persönlich eingegriffen und den Präfekten von Turin und Mailand die Weisung gegeben, sich mit den Vertretern der Arbeiter und den Industriellen in Verbindung zu setzen und ihnen bestimmte Pläne, über die völliges Stillschweigen bewahrt wird, zu unterbreiten.

Ueber die allgemeine Lage wird von Zürich aus berichtet, daß in Turin, das von der Außenwelt abgeschlossen sei, zwischen den Revolutionären und den Truppen gekämpft werde. Das Stadthaus, die Post und das Eisenbahndirektionsgebäude seien von bewaffneten kommunistischen Arbeitern besetzt worden. In Mailand sollen neuerdings Zusammenstöße mit Militär erfolgt sein, wobei es 33 Tote und etwa 100 Verletzte gegeben haben soll. Ueber die Lombardei soll daher der Belagerungszustand verhängt worden sein. Bei dem Fehlen unmittelbarer Nachrichten über die Lage aus den Brennpunkten der Bewegung sind aber alle diese Meldungen aus der Schweiz, also gewissermaßen aus dritter Hand, nur mit Vorsicht aufzunehmen.

Mailand, 9. September. Die Agenzia veröffentlicht eine Kundgebung des Bundes der Landwirte, in der die Landarbeiter aufgefordert werden, die nicht oder nicht genügend bebauten Landflächen am nächsten Sonnabend zu besetzen. Doch sollen dabei Zusammenstöße mit der öffentlichen Gewalt vermieden werden.

Mailand, 10. September. Corriera della Sera meldet, daß es in Lesso Atestino in der Provinz Padua zu einem Konflikt kam, in dem 700 bewaffnete organisierte Landarbeiter sich vor die Kaserne der Karabinieri begaben, um die Freilassung der verhafteten Führer zu verlangen. Die Karabinieri versuchten die Demonstranten zu zerstreuen, die ein heftiges Feuer gegen die Kaserne eröffneten. In Triest kam es anläßlich der Beerdigung eines der Opfer des Vortages erneut zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Ursache dürfte darin zu suchen sein, daß eine Bombe gegen den Trauerzug geschleudert wurde. Die Sozialisten griffen die Polizei an, die sich zurückziehen mußte. Ein Polizist ist von den Demonstranten erschossen worden. Auch in andern Städten kam es zu schweren Zusammenstößen.

Rom, 10. September. In Lugo haben die Arbeiter die Gruben besetzt und rote Fahnen gehißt. In den Gruben von Toskana, Ligurien, Sardinien und Sizilien wird ein ähnliches Vorgehen erwartet. In den Werken Sestri Ponente haben die Arbeiterräte, nachdem sie die rote Fahne hißten, an den Mauern die Bilder von Marx, Lenin und Jaurès angebracht. Fast in allen besetzten Gebieten wurde ein militärisches Reglement eingeführt und die Disziplin wird strikt durchgeführt.

Die letzten Sitzungen in Stresa

Basel, 10. September. In den beiden letzten Sitzungen der italienisch-deutschen Wirtschaftskonferenz von Stresa legte die italienische Abordnung der deutschen die Liste der Nahrungsmittel zur Auswahl vor, die Italien liefern kann. Die deutsche Abordnung billigte grundsätzlich den Vorschlag Italiens, den deutschen Einkäufern auf italienischen Märkten den Vorzug zu geben. Die italienische Abordnung hat auf diese Bestimmung gedrungen, damit die Deutschland zur Verfügung gestellten Vorschüsse in italienischer Währung nicht den Lirekurs schädigen. Die Bestimmungen über die zu liefernden Mengen und die Festsetzung der Preise behält sich die deutsche Abordnung auf Grund der Lage des Weltmarktes vor. Deutschland verpflichtet sich, Preiserhöhungen möglichst zu vermeiden.

d'Annunzio proklamiert den Freistaat Fiume

Rom, 10. September. Idea Nazzionale erhält über Triest Nachrichten aus Fiume, denen zufolge d'Annunzio den Freistaat Fiume proklamiert hat. Ursprünglich war als Gründungstag der 12. September vorgesehen.

Zur Frage des Aktionsprogramms

Genosse Lehmann, Cossebaude, ersucht uns um Aufnahme folgender Ausführungen:

Den Ausführungen des Genossen Sachs über die Notwendigkeit eines Aktionsprogramms (Dresdner Volkszeitung vom 1. und 2. September) kann man durchaus zustimmen. Leider hat er diesen guten Gedanken durch Ausführungen belastet, die zum Widerspruch geradezu herausfordern.

Sachs behauptet, „der zweite Teil des Erfurter Programms ist ja zum größten Teil durch die Entwicklung erledigt". Diese Behauptung muß irreführend wirken. „Zweijährige Gesetzgebungsperioden; direkte Gesetzgebung durch das Volk; Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr; Abschaffung aller die Frau benachteiligenden Gesetze; Abschaffung aller öffentlichen Aufwendungen zu kirchlichen Zwecken; Weltlichkeit der Schule; Abschaffung aller indirekten Steuern" sind trotz Revolution und Mitregierung sozialistischer Minister nicht „erledigt". Sie müssen schärfer denn je betont und vor allem erweitert und vermehrt werden.

Genosse Sachs streift auch die auf dem diesjährigen Parteitag zu erörternde Frage, ob der erste Teil des Erfurter Programms einer Umarbeitung bedarf. Nützlich wäre eine den heutigen politischen Verhältnissen entsprechende Ueberarbeitung. An den Grundsätzen darf aber nicht gerüttelt werden. „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln . . . in gesellschaftliches Eigentum . . . kann bewirken, daß . . . die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt . . . werde." Ist noch immer ebenso das grundlegende Fundament der Partei, wie „der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung notwendigerweise ein politischer Kampf ist".

Aus diesen tragenden Grundsätzen des Programms ergibt sich eigentlich unsre Stellungnahme zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen der Gegenwart. Allerdings darf sie dann nicht so ausfallen wie die des Genossen Sachs zu einigen wirtschaftlichen Problemen der Nachkriegszeit. Er glaubt nicht, daß durch „Beseitigung des Mehrwertes die Not der Massen wesentlich gemindert werden kann". Nach Sachs kann keine Rede davon sein, daß den Massen auf Kosten des Kapitalprofits geholfen werden kann. Eine baldige Beseitigung des Mehrwertes soll unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich sein als Verteilung von Kapitalprofit unter die Massen. Aus diesen Auffassungen erklärt es sich für Sachs, daß in der Partei wenig Neigung bestehe, soll für eine Neuorganisation unsrer Volkswirtschaft einzutreten. Er plädiert deswegen für die Wissellsche Planwirtschaft, die der Parteivorstand infolge mangelnder volkswirtschaftlicher Einsicht abgelehnt habe.

Die Wissellsche Planwirtschaft ist keine Erfüllung sozialistischer Forderungen. Sie ist vielleicht eine Möglichkeit, die kapitalistische Wirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch zu retten. Sie kann sogar eine Vorstufe der sozialistischen Produktion sein. Aber sie ruht zunächst auf kapitalistischen Grundlagen, denn an der Wurzel des Kapitalismus, an seinem Profit, rührt sie grundsätzlich nicht. Sozialistische Wirtschaft bedeutet auch planmäßige Wirtschaft; aber dadurch, daß man ein sozialistisches Reis auf den kapitalistischen Baum pfropft, erntet man noch keine sozialistischen Früchte.

Der kapitalistische Profit muß in der Tat, zwar nicht an die Masse verteilt, aber doch, nämlich durch Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum beseitigt werden. Durch Einkommensteuern — auch wenn sie 60 Prozent des Einkommens betragen — kann das allerdings nicht geschehen. Diese Steuern werden in die Warenpreise einkalkuliert. Wer Gelegenheit hat, in die heutigen Kalkulationsmethoden von Industrie und Handel hineinzublicken, der weiß, daß die neuen Steuern prompt auf die Verbraucher abgewälzt werden.

Die Not der Massen steigt trotz Produktionserhöhung, weil die Kaufkraft der Massen ständig sinkt und weil jeder Kapitalist steigende Profite auf die riesenhaft emporgeschnellten …

Warenpreise turmt. Seit Einsetzen der Kriegswirtschaft steigt die Profitrate ständig.

Nächstes Ziel muß also das Senken der Profitrate und Verkleinerung des Reallohns sein. Darum muß die erste Forderung lauten: Preisüberwachung. Nicht nur Ueberwachung der Klein- und Großhandelspreise, sondern vor allem der Fabrikationspreise nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen.

Während des Krieges hat sich der Staat gegen die kapitalistische Preispolitik durch die Zwangswirtschaft zu schützen versucht. Ihr Organisator war Rathenau, der Konstrukteur der Planwirtschaft. Die Planwirtschaft ist die logische Folgerung der Zwangswirtschaft. Dem Grundsatze nach bedeutet die Zwangswirtschaft, z. B. der Nahrungsmittel, eine Zwangsorganisation der Verbraucher, der die Zwangsorganisation der Produzenten gegenübersteht. Die Organisation der Verbraucher war glänzend. Die der Produzenten nur mangelhaft. Die Zwangsorganisation der Verbraucher sollte erhalten bleiben, allerdings nicht nach den Methoden des Obrigkeitsstaates, sondern mit der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Verbraucher ausgestattet. Sie ist nach Gemeinden, Verwaltungsbezirken und Provinzen (Gliedstaaten) mit einer Reichszentrale zu gliedern. Ihre Geschäftsführer nicht oder nur beschließenden Organe, wären die Behörden. Vorbereitende Organe müßten die örtlichen und bezirklichen Verbraucherausschüsse sein, die nach Provinzen (Staaten) und für das Reich zu zentralisieren wären.

Diese Verbraucherorganisation hätte die Verteilung aller Gebrauchsgüter allmählich in die Hand zu nehmen, beginnend mit dem wichtigsten Nahrungsmittel, dem Brot. Nicht nur die das vorhandene Brot gerecht zu verteilen, sondern auch die Herstellung zu übernehmen und diese zu zentralisieren. Hieraus ergibt sich eine wirtschaftliche Macht, die das Bäckereigewerbe in ihren Bann zwingt und der Bezirks- und Landesorganisation die Uebernahme der Mühlen gestatten würde. Dieses Beispiel mag genügen, um den Gedanken zu illustrieren.

Sozialistisches Werden entsteht nur auf der Grundlage des organisierten Konsums. Die Forderung nach umfassender Bedarfserforschung ist gegenstandslos. Denn die Erfahrung lehrt, daß die genossenschaftliche Produktion nur von einer genossenschaftlichen Organisation der Konsumenten getragen werden kann. Die wirtschaftliche Macht des organisierten Kapitals kann nur durch eine stärkere wirtschaftliche Macht der einheitlich organisierten Verbrauchergesamtheit überwunden werden. Das ist nicht freiwillig, sondern nur zwangsweise — durch Gesetz — zu erreichen. Ein solches Gesetz kann aber nur durchgesetzt werden, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht in Händen hat.

Die Zwangsorganisation der Verbraucher ist stark zu machen — organisierten — Produzenten die Preise entweder vorzuschreiben oder sie auf einer ihrer (der Verbraucher) Kaufkraft entsprechenden Höhe zu halten, bis sie die Produktion selbst übernehmen kann. Die Selbstverwaltung verhütet die Bureaukratisierung der Wirtschaft, die durch die bisherige Zwangs- und die daraus abgeleitete Gemeinwirtschaft herbeigeführt wird.

Das Aktionsprogramm hat nicht nur wirtschaftliche Probleme zu behandeln. Es muß die politischen Forderungen des zweiten Teils des Erfurter Programms ergänzen. Namentlich das uneingeschränkte Bekenntnis zur Demokratie muß prägnanter hervortreten. Die sozialpolitischen Forderungen bedürfen wesentlicher Erweiterung. Aus den durcheinanderwirbelnden Forderungen der neuen Zeit muß ein neues Programm erstehen, das in dem in Krieg und Revolution unerschüttert geblieben Fundament des Erfurter Programms verankert ist.

•

Genosse Helmut Lehmann wendet sich gegen die Behauptung, der zweite Teil des Erfurter Programms sei durch die Entwicklung erledigt. Aber auch Genosse Lehmann wird wohl nicht bezweifeln, daß das, was von den Forderungen des zweiten Teils des Erfurter Programms heute noch übrig bleibt, als Grundlage für die politische Tätigkeit unserer Partei nicht genügt. Wir haben im Reich völlig demokratische Einrichtungen, unsere Reichsverfassung sieht auch die Möglichkeit von Volksabstimmungen vor. Das Wahlrecht in den Einzelstaaten und Gemeinden ist ebenfalls demokratisiert. Der Achtstundentag ist erreicht und damit eine wichtigste sozialpolitische Forderung erfüllt. Die Forderung nach Errichtung einer Volkswehr ist gegenstandslos geworden, weil uns nach dem Vertrag von Versailles in absehbarer Zeit eine Volkswehr gar nicht haben dürfen. Und wer keine Scheuklappen vor den Augen hat, wird auch zugeben müssen, daß in den nächsten Jahren leider an eine Beseitigung der indirekten Steuern nicht zu denken ist, weil dann die für Reich, Staat und Gemeinden notwendigen Riesensummen überhaupt nicht aufgebracht werden können. Schon gegen den 10prozentigen Lohnabzug hat ein lebhafter Widerstand eingesetzt. Wollte man heute auf alle indirekten Steuern verzichten, so müßten die direkten Steuern auch bei den unteren Einkommen auf das Vielfache erhöht werden, selbst wenn man die höheren Einkommen ganz wegsteuern wollte, und so hohe Steuern würden einfach nicht bezahlt werden.

Auf das Ziel der endgültigen Beseitigung des privatkapitalistischen Profits wird kein Sozialist verzichten. Doch wird man heute in Deutschland den Profit wohl beschränken, aber nicht völlig beseitigen, schon weil wir auf ausländisches Kapital angewiesen sind und auch nicht verhindern können, daß Deutsche ihr Kapital im Ausland anlegen. Eine völlige Beseitigung des privatkapitalistischen Profits wird überhaupt nur international möglich sein.

Daß die Einkommensteuern abgewälzt werden können, trifft ohne weiteres nicht zu. Die Abwälzung ist allerdings möglich bei den Steuern, die die Produzenten gleichmäßig treffen, aber die Kommunalsteuer ist progressiv. Die von dem einzelnen zu zahlenden Steuern sind ganz verschieden.

Die bloße Beseitigung des kapitalistischen Profits zugunsten der Allgemeinheit würde allein den Massen nicht viel nützen, weil die Summen, die heute den Kapitalisten zufließen, auch in einer sozialistischen Gesellschaft zum großen Teil nicht zu einer Verbesserung der Lage der Massen benutzt werden, sondern zur Vermehrung der Produktionsmittel verwenden müßte. Es ist ein so ziemlich von allen Parteien anerkannter Satz, daß eine nennenswerte Besserung der Lage der Massen nur durch eine Steigerung der Produktion erreicht werden kann. Wenn auch die heute herrschende Teuerung durch die übermäßig hohen Gewinne der Unternehmer bedeutend verschärft ist, so kann doch nicht bestritten werden, daß die Hauptursache der Teuerung die zu geringe Produktion ist. Durch den Krieg wurde zwar die Teuerung sehr verschärft. Doch er ist durchaus nicht die einzige und nicht einmal die hauptsächlichste Ursache unserer Not.

Man muß doch versuchen, auf irgendeine Weise vorwärts zu kommen. Gelingt es durch eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaft, unsere Produktion zu vermehren, so würde sich die Lage der Massen bald wesentlich gebessert, selbst wenn der Profit nicht völlig beseitigt ist. Morgenstern beschränkt sich Genosse Lehmann nicht auf die Forderung der Planwirtschaft, sondern er hebt ausdrücklich hervor, daß weitergegangen werden soll, wo das heute zweckmäßig erscheint. Auch wir verlangen, daß die Zahl der Betriebe, die Gemeinde- und Staatseigentum sind, vermehrt wird. Nur eine Bureaukratisierung der Betriebe wird abgelehnt.

Ferner wird auch in dem Programm von Sachs und Schumann die Forderung der Verbraucherorganisation gefordert. Wie weit man die Verbraucher zwangsweise organisiert, ist eine Frage, die im einzelnen Fall erwogen werden muß. Es könnte z. B. zweckmäßig sein, die Verbraucher zum Bezuge von Nahrungsmitteln zwangsweise zu organisieren, während bei der Beschaffung der Kleidung man dem einzelnen völlig freie Hand läßt. Es ist überhaupt falsch, irgendeine bestimmte Maßnahme als das allein richtige Mittel zur Durchführung der Sozialisierung anzupreisen. Verbraucher- und Produzentenorganisationen, die Schaffung von Genossenschafts-, Staats- und Gemeindebetrieben, gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, all das muß benutzt werden, damit wir unsern sozialistischen Zielen näher kommen. Jede einseitige Steckenpferdreiterei ist von Uebel. Unser Wirtschaftsleben ist viel zu mannigfaltig, als daß man überall das gleiche Sozialisierungsrezept anwenden könnte. Erst die praktische Erfahrung wird uns darüber Auskunft geben können, wie wir am besten und am schnellsten vorwärts kommen.

Betriebseinschränkungen bei Daimler

Aus Stuttgart wird gemeldet: Die Daimlerwerke führen jetzt ihre längst gehegte Absicht aus, den Betrieb wesentlich einzuschränken. Es soll die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft, die etwa 8000 beträgt, ausgesperrt werden. Grund zu dieser Maßnahme ist die ungünstige finanzielle Lage des Unternehmens, der Mangel an Aufträgen und die Unmöglichkeit auf Vorrat arbeiten zu können. Die Folge davon wird also sein, daß neue 4000 Arbeiter auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen sein werden. Gegenwärtig handelt es sich darum, die Auswahl der wieder einzustellenden Arbeiter zu treffen, wobei nach den Vorschlägen der Regierung erfahrene Arbeitervertreter aus den einzelnen Betriebsabteilungen zu Rate gezogen werden sollen. Zunächst hat allerdings die Betriebsleitung, die auf dem Standpunkt steht, daß es sich um die Einstellung eines neuen Personals in einen neu zu eröffnenden Betrieb handelt, sich mit diesem Vorschlag noch nicht einverstanden erklärt. Falls bis dahin eine Einigung erzielt ist, könnte man mit der Wiederaufnahme des beschränkten Betriebes zum Beginn der nächsten Woche rechnen. Unter den kommunistischen Arbeitern, unter denen es noch immer gärt, ist die Erregung infolge solcher Vorgänge natürlich noch gestiegen. In der näheren Umgebung der Daimlerwerke versuchten sie heute nacht, den Schienenstrang der Haupteisenbahnlinie Ulm—Stuttgart zu sprengen. Nur durch zufällig patrouillierende Sicherheitsbeamte wurden die Verbrecher an der Ausübung des Anschlages verhindert.

•

Die Erregung der Arbeiterschaft der Daimler-Werke ist nur zu verständlich. Die Daimler-Werke haben in den letzten Jahren ganz unverschämte Wuchergewinne gemacht. Jetzt werfen sie Tausende von Arbeitern aufs Pflaster und begründen das mit ihrer ungünstigen finanziellen Lage. Wir können nicht untersuchen, ob wirklich zur Zeit die finanzielle Lage von Daimler so ungünstig ist. Nach den Erfahrungen, die gerade mit dieser Firma gemacht wurden, ist die Annahme nur zu berechtigt, daß bei Daimler immer noch genug verdient wird. Aber wenn wirklich die Daimler-Werke jetzt so in Geldnöten sein sollten, daß sie auch beim besten Willen ihre Arbeiter nicht mehr voll weiterbeschäftigen können, so wäre das ein Beweis dafür, in wie leichtfertiger Weise bei diesem Unternehmen gewirtschaftet worden ist. Warum sind Riesendividende an die Aktionäre verteilt worden, warum hat man die gewaltigen Gewinne, die erzielt wurden, nicht wenigstens dazu benutzt, um große Rückstellungen zu machen? Hat man wirklich nicht damit gerechnet, daß der Zeit der glänzenden Kriegskonjunktur magere Jahre folgen? Die Arbeiter müssen jetzt dafür büßen, daß die Herren Aktionäre, die auch nicht einen Finger krumm zu machen brauchten, so fette Gewinne einheimsen konnten.

Opfer der Lüge

Swinemünde, 10. September. Wie die Ostseewarte aus Swinemünde berichtet, sind dieser Tage 70 von den vor etwa zwei Monaten nach Sowjetrußland ausgewanderten Arbeitern und Handwerkern wieder in Swinemünde eingetroffen. Es handelt sich um dieselben Opfer der kommunistischen Auswandervereine, die in Rußland vor den Führern der deutschen Unabhängigen ihre grenzenlose Enttäuschung über die Zustände in Sowjetrußland offenbaren mußten. Die Zurückgekehrten erklären, daß sie gründlich von dem Wahn der bolschewistischen Menschheitsbeglückung kuriert und heilfroh seien, der bolschewistischen Hölle entronnen zu sein. Eine Anzahl ihrer Kollegen konnte den Rückweg in die Heimat nicht antreten, weil sie infolge von Entkräftung schwer erkrankt seien.

Ruhe vorm Sturm

Breslau, 9. September. Die Lage in Oberschlesien ist weiterhin äußerst gespannt. Die neuesten Meldungen bestätigen die Befürchtungen, die in den letzten Tagen in der Presse für die Zukunft zum Ausdruck kamen. Die Polen sprechen es offen aus, daß sie die gegenwärtige Lage nur als die Ruhe vor dem Sturm betrachten. Im Landkreise Oppeln rüsten die Polen eifrig für einen neuen Putsch. Aus vielen Orten treffen in Oppeln Flüchtlinge ein, die dies bestätigen und gleichzeitig um Hilfe für den Fall der Not bitten. In Hindenburg wurde am Montag abend ein polnischer Leger von der Polizei festgenommen. Der Mann, der bei seiner Festnahme drei Revolverschüsse auf die Beamten abgab, erklärte, daß bis 16. September sämtliche Deutschen das Abstimmungsgebiet verlassen müßten.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß nach einer Mitteilung Korfantys sich die Polen Oberschlesiens mit Gewalt bemächtigen würden. Falls es doch zu einer Abstimmung kommen sollte, dürften nur die in Oberschlesien wohnenden Oberschlesier zur Abstimmung zugelassen werden, um das Uebergewicht der Deutschen zu beseitigen. In Bogutschütz ist noch immer keine Ruhe eingetreten. In jeder Nacht finden hier die wildesten Schießereien statt. In einer Leichenrede auf dem Friedhof, an der auch ein französischer Offizier teilnahm, erklärte der Polenführer Biuglewicz namens der polnischen Fraktion, er könne in Verhandlungen über die Abstimmungspolizei nicht eintreten, da er von seiner Behörde im Hotel Bellevue in Berlin, dem Hauptquartier Korfantys, noch keine Anweisung erhalten habe. Er sehe sich deshalb gezwungen, die Abstimmungspolizei vorderhand abzulehnen.

Ein Bundesstaat Oberschlesien?

wtb Berlin, 9. September. Zu den Erörterungen der schlesischen Presse über die Frage der Autonomie für Oberschlesien erfahren wir von zuständiger Stelle: Die maßgebenden Stellen im Reiche und in Preußen sind darin einig, daß der Eigenart der oberschlesischen Bevölkerung in weitestgehendem Maße Rechnung getragen werden muß. Ferner herrscht Uebereinstimmung darüber, daß es Oberschlesien freistehen wird, auf dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Wege etwaige Wünsche nach einer bundesstaatlichen Ausgestaltung ihrer Zukunft geltend zu machen und daß der Erfüllung solcher Wünsche keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen.

Deutsche nach Polen verschleppt

Beuthen, 9. September. Von einwandfreier Seite wird mitgeteilt, daß sich in dem Gefängnis von Czenstochau viele deutsche Personen beiderlei Geschlechts befinden, die bei den letzten Aufständen in Oberschlesien von den Polen gefangengenommen und dorthin verschleppt wurden. Einem dieser Gefangenen ist es gelungen, seine Angehörigen in Kattowitz davon in Kenntnis zu setzen, daß er sich in Czenstochau in Haft befindet. In einem Schreiben teilt er mit, daß er in dem Gefängnis bei der Straße Batorege 34b inhaftiert ist, das hauptsächlich solche Personen beherbergt, die im Aufstandsgebiet in Oberschlesien von den Polen über die Grenze geschleppt wurden.

Der Weg nach Riga

Während der Temps aus London gemeldet wird, Rußland wolle nicht nach Riga, da die lettische Regierung bolschewistische Propaganda fürchte und dem Hilfspersonal der Moskauer Delegation Immunität verweigere, verbreitet Reuter folgende Nachricht:

Die russische Delegation in London hat mitgeteilt, daß die bolschewistische Friedensdelegation sich unverzüglich nach Riga begeben wird. Die lettische Regierung hat Garantien für die Immunität der gesamten Mission gegeben.

Nach einem Beschlusse des Warschauer Ministerrates werden sich die polnischen Delegationen Sonntag den 12. September nach Riga begeben. Außenminister Sapieha wird voraussichtlich erst Ende der nächsten Woche nach Riga fahren. In der Umgebung der Regierung hofft man, daß die Besprechungen ein zufriedenstellendes Ergebnis haben werden und daß die Verhandlungen nicht lange dauern werden, da die Parteien über die hauptsächlichsten Grundlagen schon einig seien. Diese Grundlagen seien: 1. Keine Eingriffe eines der beiden Länder in die inneren Angelegenheiten des andern; 2. Ausrufung der Unabhängigkeit der Ukraine.

Im Gegensatz zu dieser zuversichtlichen Meldung stehen die Nachrichten von einem ernsten Konflikt innerhalb der polnischen Regierung, der bisher allerdings nur im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments zur Sprache kam. Die polnischen Nationalisten wollen den militärischen Sieg auch diplomatisch voll ausnützen und fordern eine Grenzlinie, die weit über die sogenannte Curzonlinie hinausgeht. Ein Kesseltreiben gegen die Regierung Pilsudski-Sapieha, die für Mäßigung und Befolgung der Londoner und Pariser Ratschläge eintritt, ist im Gange. Nach Meldungen aus Warschau verschärft sich dieser Konflikt immer mehr. Er soll auch schuld daran sein, daß die polnische Friedensdelegation bis jetzt nicht nach Riga gegangen ist.

•

Tschitscherins Antwort an Balfour

Paris, 9. September. Wie der Matin aus London meldet, hat die russische Delegation die Antwort auf die letzte Note Balfours bekanntgegeben. Die Antwort sei sehr maßvoll gehalten und beklage sich über die plötzliche Aenderung in der Haltung der englischen Regierung. Es scheine, daß Balfour unter dem Eindruck stehe, in der militärischen Lage zwischen Rußland und Polen sei eine radikale Aenderung eingetreten. Was in Wirklichkeit geschehen sei, sei, daß eine militärische Teilunternehmung nicht geglückt sei. Die Kräfte Rußlands, verglichen mit denen Polens, seien dieselben wie vorher. Wenn also die englische Regierung vor drei Wochen anerkannt habe, daß Rußland als Sieger das Recht habe, seine Bedingungen aufzuerlegen, so sei die Lage weiter unverändert. — Die Note versucht weiter die Forderung nach Errichtung eines Arbeiterheeres in Polen zu rechtfertigen und verteidigt sie ausführlich. Die Sowjetregierung beklagt sich über die parteiische Haltung der englischen Regierung und nennt das Verhalten gegenüber der Forderung eines politischen Arbeiterheeres unaufrichtig.

Die Note wurde am Mittwoch von Kamenew überreicht.

Ferner hat er eine Note abgegeben, die beweist, daß Rußland keineswegs gewillt ist, sich bei der Behandlung auch der übrigen europäischen Fragen ausschalten zu lassen, sondern als Großmacht im Völkerrat Sitz und Stimme fordert. Aus London wird vom 10. September gemeldet:

Kamenew hat der englischen Regierung eine Note überreicht, in der die Sowjetregierung die Teilnahme an der internationalen Donaukonferenz fordert. U. a. wird in der Note gesagt: Die Donauangelegenheit ist eine Nebenfrage für Sowjetrußland und die Ukraine. Die Regelung der Donaufrage ohne die Teilnahme russischer und ukrainischer Delegierter wird dieselben Folgen haben wie der Frieden von Versailles, d. h. allgemeine Unsicherheit und wirtschaftlichen Krisen. Die Note ist von Tschitscherin im Namen Rußlands und von Rakowsky im Namen der Ukraine unterzeichnet.

Neueste Telegramme

Das Erdbeben

Paris, 9. September. Nach einer Londonmeldung aus Rom hat in Massa ein neues heftiges Erdbeben stattgefunden. Ueber den Schaden ist noch nichts bekannt.

Jena, 9. September. Als Ursache des Erdbebens in Italien kommt nach einer Mitteilung der Zentrale der Erdbebenforschung in Jena eine weitere Schollensenkung im Ostflügel der Umrandung des Golfes von Genua in Frage, die eine gewaltige Einbruchszone der Erdrinde darstellt.

Die Opfer des Erdbebens

London, 9. September. Wie der Daily Chronicle meldet, beträgt die Zahl der bei dem Erdbeben in Italien Getöteten 400, die der Verwundeten rund 1000. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Ferner sind 25 000 Personen obdachlos; sie kampieren im Freien.

Ein neuer Feuerspeier

Rom, 10. September. Die Zeitungen melden aus Spezzia, daß am Gipfel Vifanello des kapuanischen Massivs sich ein Krater geöffnet hat, dem Flammen und Rauchsäulen unter gewaltigen unterirdischen Geräuschen und Schwefelgeruch entsteigen.

Parteiangelegenheiten

Rückkehr zur Partei

Genosse Heinrich Ströbel hat, so meldet der Vorwärts, nachdem er schon zuvor in viel bemerkten Aufsätzen seine Uebereinstimmung mit den grundsätzlichen Auffassungen unserer Partei kundgetan hat, auch organisatorisch sein Wiedereintritt in sie vollzogen.

Devisenkurse

Berlin, 9. September. (Amtlich.)

		9. 9. Geld	9. 9. Brief	8. 9. Geld	8. 9. Brief
Holland	100 Gulden	1658.35	1666.60	1665.85	1669.15
Schweiz	100 Frank	859.10	860.90	854.10	855.90
Wien (alte)	100 Kronen	22.47	22.53	21.72	21.78
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	22.60½	22.75½	21.22	21.28
Prag	100 Kronen	80.80	81.—	80.80	81.—
Spanien	100 Peseten	779.20	780.80	769.20	770.80
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	379.60	380.40	375.60	376.40
Italien	100 Lire	229.75	230.25	228.25	228.75
London	1 Pfd. Sterl.	184.05	186.45	185.30	185.70
Neuyork	1 Dollar	52.85	52.45	50.07½	50.17½
Paris	100 Frank	856.65	858.85	854.65	855.85

Zürich, 9. September. Devisenkurse. Berlin 11.90, Wien 2.65, Prag 9.60, Holland 192, Neuyork 609, London 21.68, Paris 41.50, Italien 26.60, Brüssel 44, Kopenhagen 88, Stockholm 128.50, Christiania 89.25, Madrid 90.90, Buenos Aires 285.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200910/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bezirk Reichenberg.
Sonnabend den 11. September, abends 8 Uhr im Gasthof Boxdorf:
Bezirks-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag. Referent: Lehrer Wendsche Boxdorf. 2. Bericht aus dem Bezirksvorstand. 3. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz. Allgemeines. [s 316]
Es ist dringend notwendig, daß sämtliche Parteigenossen erscheinen. Die Bezirksleitung.

Bekanntmachung.

Der Verein Dresdner Hebammen gibt bekannt, daß laut ministerieller Verordnung die Taxe um **100 Prozent** erhöht worden ist. Es beträgt somit vom 1. Juli 1920 an die Mindestforderung für eine Entbindung mit Besuchen **125 Mark**. Mehrleistungen sowie Fahrgelder werden extra berechnet.

Der Verein Dresdner Hebammen.
H. Hohlfeld, 1. Vorsitzende. [s 963]

Gute Hauslehrstellen

für junge Mädchen in städtischen und ländlichen Haushaltungen mit und ohne Familienanschluß gegen entsprechende Entlohnung hat zu vergeben Zentral-Arbeitsnachweis (Lehrst.-Vermittlg.-Weibl. Abt.) Wilsdruffer Str. 15, I. (Zahnh.-Gen.) Geschäftszeit: von 10–12½ Uhr u. von 3–4½ Uhr, Sonnabends von 10–1 Uhr. Fernspr.: 25736. [s 872]

Gesucht z. sofortigen Eintritt perfekter
Gelbbrenner und -glüher
Angebote an [s 243]
Friedrich Hoffmann G. m. b. H.
Sebnitz in Sachsen.

Bettwäsche
Leib-, Tisch- u. Küchenwäsche sowie Federbett, Gardinen u. Stores verkauft sehr preiswert Engling, Albrechtstr. 12, I.

40. Dresdn. Pferde-Ausstellung
und
Reit- und Fahrturnier.
Sonnabend, 11. Sept., v. 9 Uhr an **Prämiierungen, Vorprüfungen zum Turnier.**
Sonntag, 12. Sept., 11–12½ Uhr **Vorführungen,** ab 1½ Uhr **Turnier.**
Montag, 13. Sept., ab 1½ Uhr **Turnier.**
Dienstag, 14. Sept., ab 10 Uhr **Auktion.**
Ehrenpreise, hohe Geldpreise, Reichswehrreiten usw.
Alles Nähere durch
Ausschuß für die Dresdner Pferde-Ausstellungen
Johann-Georgen-Allee 6, I. [s 457]

BELVEDERE
Oberer Saal
KLEINKUNST-BÜHNE
Das große Programm
Unterer Saal
Heinz Elber Orchesterkonzerte
4 Uhr, Eintr. frei. 8 Uhr 50 Pf., Stg. 1 M. o. St.
An Sonn- und Festtagen
11 bis 1 Uhr Früh-Konzert
Weinterrasse ::: Konditorei

SARRASANI
Sonnabend den 11. September, 7¼ Uhr:
Ringkämpfe
Es ringen: Lehmayer — Buchheim
Entscheidungskampf: Pfähler — Tornow.
Wiederaufnahme des wegen Polizeistunde abgebrochenen Kampfes [s 686]
Görner—Sambuko
Vorverkauf im Re-Ka und an der Circuskasse

Volkswohltheater
7¼ Uhr. 7¼ Uhr.
Heute und folgende Tage:
Oskar Junghähnels berühmte humorist. Sänger
Neues Programm.
Zum Schluß:
Familie Schreckenbach aus Meißen in der Sommerfrische auf der Alm.
Oberbayer. Singspiel von Oskar Junghähnel.
Vorverkauf: Wolf, Postplatz.
Vorverkauf Sonntags ohne Gültigkeit. [I 180]

Hammers Hotel.
Sonnabend den 11. September, abends 6½ Uhr
Wohltätigkeits-Ball
für den Blindenverein Dresden
veranstaltet vom gesamten [s 850]
Fredersdorf-Orchester.

Buntes Theater
Wettinerstr. 12 (Tivoli-Palast) Fernspr. 20584
Valy v. Loss
Inge Warlitz
Georg Adalbert Danisch
Käte Müller
Ellen Weber
Mizzi Stakosch
Betty Warlitz
„Danisch-Loss"-Duette
Salonorch. Max Kraft
7½ Uhr Ab 9½ Uhr: Intime Künstler-Klause
Ernst Warlitz
„Der Liebling der Dresdner"
„Lustiges Allerlei aus und mit dem Publikum"
[s 2791]

Kabarett Fledermaus
Schandauer Straße 11.
Straßenbahnlinien 18, 21, 23.
Künstlerische Leitung J. Wibrich.
Täglich abends 8 Uhr: [I 843]
Vornehme Kleinkunst.

Fü-Si
Fürstenhof-Lichtspiele
Striesener Str. 32 (nächst dem Fürstenplatz)
Straßenbahnlinien: 19, 21, 23, 2, 22 — Fernruf 21067.
Spielplan vom 10. bis 16. September:
Der große Monumentalfilm
Manegerausch
mit **Esther Carena** in der Hauptrolle.
Filmschauspiel von **Alfred Mayer-Eckhardt** in 6 Akten.
Musikalische Leitung: Kapellmeister **Richard Zeuner.**
Ferner das hervorragende Lustspiel
Das Reklamemädel
3 Akte.
Erstaufführungen für Dresden.
Unser Hausorchester gehört zu den besten Dresdens und bietet bei selten schöner Theaterakustik einen Kunstgenuß.
Wochentags: 4½, 6½, 8½ Uhr. — Sonntags: 3½, 5¼, 7, 8¾ Uhr.
Jeden Freitag Programmwechsel. [s 353]

Olympia-Theater Altmarkt
Fern Andra
in dem **neuesten** Decla-Film
Genuine
Die Tragödie eines seltsamen Hauses
6 Akte von Karl Mayer [s 351]
Vorführungen: Wochentags 4, 5½, 7 u. 8½ Uhr
Sonntags 3, 4½, 6, 7½ u. 9 Uhr

Bären-Schänke
Webergasse Zahnsgasse
Dresdens größtes Bier- und Speisehaus
Preiswerte bürgerliche Küche!
Hochfeine Voll- u. Stark-Biere!

[b 596]
Die großen Linden-Ballfeste
Cotta, Birkenhainer Str. 5 :: Linie 13, Haltest. Lübecker Hof
Einzige Musik. — Nur Eintritt. — Tanz frei.
Freitags: Herren 2 M., Damen 1 M. ohne Steuer.
Sonntags: Herren 3 M., Damen 2 M. ohne Steuer.

Reichshallen Palmstr. 13 nahe Postplatz.
Morgen Sonnabend den 11. September [I 361]
Großer Ball. :: Touren :: Tanzmarken.
Der Reingewinn ist f. d. Flüchtlingsfürsorge bestimmt.
Anfang 6½ Uhr. — Eintritt 80 Pf. mit Steuer.

Fata-Morgana-Lichtspiele
Breite Straße 3.
Des großen Erfolges wegen um einige Tage verlängert. [I 361]
Anders als die andern!!!
Konrad Veidt, Reinhold Schünzel, Anita Berber, Dr. Magnus Hirschfeld, Fritz Schulz.
Vorführungen: Wochentags 4–10 Uhr. Sonntags 3–10 Uhr.

Bei den
hohen Eisenbahn- und Straßenbahn-Fahrpreisen
ist das

Germania-Fahrrad
das idealste und billigste Beförderungsmittel
Karl Winkler G. m. b. H.
Hauptniederlage Seidel & Naumann
Struvestrasse 9
König-Johann-Strasse 19
Bönischplatz 14.

Flora-Theater
Bautzner Straße 5. 7½ Uhr
Der Sohn des Kalifen.
Schauspiel. ...
Königshof-Theater 7½ Uhr
Die Ehre.

Der Weg zu uns lohnt!
Stets dauernde billige Verkaufs-Preise bei erstklassigen Waren!!
Herren-Anzüge
Knaben-Anzüge
Herbst-Ulster
Herbst-Joppen
Moderne Hosen
Berufs-Kleidung
Kaufhaus Glocke
25 Annenstraße Annenkirche 25

Kontor- und Ladenmädel ...

Unser Angebot!
Beste Ware, billigste Preise

Prima Tafelreis	Pfd. 5.20
Bras. Vollreis, gut kochend	Pfd. 4.70
Kakao, feinst. hell	Pfd. 16.00
Ausländ. Kakao, hochprima, 1 Pfd.-Paket nicht 22.50, sondern	16.50
Bestes Backmehl (515 gr) mit Beigabe von Backpulver und Einr.b	Paket 2.60
Schmierseife, schäumend, echte Friedensware	Pfd. 3.40
Prima Haferflocken, nicht übliche Handelsware (Knorr)	Paket 1.15
Hafermehl, allerbeste Ware	Pfd. 2.60
Fleischbrüh- (Erlag-) Würfel, bestes Rohmaterial	10 St. 0.40

Reichhaltsortiertes Lager in **Zigaretten und Zigarren.** Da großer Vorrat, ganz besonders preiswert. Die Waren sind erhältlich bei
M. Steiner & Sohn, Dürerstr. 39
und **Preis Nachf.,** Wettinerstraße 39.

In einer Stunde verlieren Sie mit Garantie ... **Läuse** ... „Kampolda", ... Verkauf nur in Dresden bei: ... Dietsche, Kesselsdorfer Straße 8.

Laden [I 850]
zu mieten od. zu kaufen gesucht. Evtl. m. Einrichtg. passend für Haaren-Geschäft, in verkehrsreicher Straße Dresdens od. Vororte. Gef. Off. u. K. 227 an Ala-Haasenstein & Vogler, Dresden.

Haar-Einkauf
Frau Emma Schanke, Wilsdruffer Str. 40

Achtung! Achtung!
Niemand versäume, sich rechtzeitig mit
Brennholz
einzudecken — Kief.-Rollen, bis 2 Meter Durchm., Raummeter nur 108 M., geschnitten 111 M. Abgabe erfolgt auch in Körben.
Brennholzhandlung **Rohstock jun. & Rat,** Dresden, Kesselsdorfer Str. 92. Man achte auf Hausn.

Hut-Ecke
Straßburger Hut-Bazar
Hüte
Anerkannt das Beste
Neuste Formen u. Farben
Wettinerstrasse
Gr. Zwingerstr.
Ecke

Pa. Stahlmatratzen
zwei- u. dreiteil. Auflegematratzen empf. billigst H. Förster, Bischofsweg 74, I.

HR
Reinwollenes **Strickgarn**
beste Qualitäten
10 Geb. 12.—, 11 ...
pa. baumwollenes
10 Geb. 10.—, ...
Wiederverk. erh. Rabatt
Richter
Rosenstraße Ecke Ammonstraße
Linien 26, 23, 16, 7 ...

Stets frisch geschlachtete
Kaninchen
bedeutend billiger
Pfund 7 und 8 Mk.
F. Baumert
Wild- u. Geflügelhandlung
An der Dreikönigskirche

Bettstellen
solide Arbeit ...
Auszieh-Tische ...
Schränke, Vertikos ...
Möbel jeder Art
konkurrenzlos billig
Max Jaffé Söhne
34 Marschallstraße 34

Ca. **3000** Stück
Damen-Flausch-Mäntel
aus Decken angefertigt
in allen modernen Farben und schönen Fassons Stück **98.00**
Ludwig Bach & Co.
Wettinerstr. 3 :: Oschatzer Str. 16 [s 148]

Beachten Sie unser heutiges Angebot!
Damen- und Herren-Bekleidung [I 351]

Röcke 35 — Röcke i. blau, braun, grün u. grau, aus gutem Stoff, glatt und Falten-Fasson, jede Größe. M. 110, 95, 85, 65, 58, 48,
Blusen 25 — aus Flanell, Wolle, Batist, Seide, sehr große Auswahl, riesig preiswert. M. 98, 70, 65, 45, 35,
Kostüme 125 — aus gut. Herbststoffen, Cheviot, alle Farben, auch Maßanfertigung. M. 650, 350, 260, 199,
Mäntel 98 — aus Deckenstoff u. reinwoll. Flauschstoffen, alle Preislagen. M. 395, 175, 145.
Anzüge 490 — Eleg. Maßanfertigung aus wunderschönen Stoffen. M. 890, 790, 690, 590,
Herren-Ulster 590 — nach Maß, aus guten Flauschstoffen, neueste Muster. M. 990, 890, 790, 690,
Gestreifte Hosen 75 — aus besten Stoffen gearbeitet, große Auswahl. M. 180, 132, 95,
Stoffe 30 — für Kleider und Röcke, Anzüge und Blusen, Kostümstoff in blau, Cheviot, 130 cm breit von M.

Bettzeug aus gutem Leinen, blau-weiß, rot-weiß gestreift, 82 cm breit . . Meter M 14.00
Hemdenflanell, gestreift blau-weiß, rot-weiß . . . . . . Meter M 8.50
Nur I. Etage, 17 Scheffelstraße 17, I. Etage
Birnbaum & Co.

Die Richtlinien für die Festsetzung des Mietzinses

Von Rechtsanwalt Walter Groß, Dresden

I.

Die „Richtlinien", die durch die Vereinbarung zwischen dem Hausbesitzerverein und dem Mietbewohnerverein entstanden sind, gelten jetzt ihre Wirkung. Die Vermieter berechnen nach ihnen den Mietzins und versenden Steigerungsbriefe. Die Mieter sind erschrocken über die Höhe der Steigerung und haben eine Menge Fragen. Sind die Mitglieder der beiden Vereine an die Vereinbarungen gebunden? Wie ist es mit den Nichtmitgliedern? Gilt der Mietvertrag noch? Ist das Mieteinigungsamt an das Abkommen gebunden? Kann es die Mieter zwingen, für die Zukunft die Richtlinien als Vertragsinhalt gelten zu lassen? Welches Mitbestimmungsrecht erhalten die Mieter?

Das Abkommen über die Richtlinien ist mit einem Tarifvertrag verglichen worden. Zu Unrecht. Weder der Hausbesitzerverein noch der Allgemeine Mietbewohnerverein haben ein Recht, ihre Mitglieder durch einen Tarifvertrag zu binden. Das Abkommen will auch nur den Zweck, Grundsätze für die Findung einer angemessenen Miete unter Berücksichtigung der heutigen besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse aufzustellen, an die sich Behörden, Vermieter, Mieter und wer sonst mit der Angelegenheit der Mieten beschäftigt, halten kann. Ob das gelungen ist, wird die Zukunft zeigen. Ich erblicke vorläufig den Wert der Richtlinien darin, daß zwischen den bis jetzt stets widerstreitenden Parteien Übereinstimmung erzielt worden ist über die Bestandteile, in die der Mietzins zerfällt, und über die Art, wie man den zu verzinsenden Kapitalwert des Grundstückes findet. Dieser Wert ist für die Mieterschaft außerordentlich groß; er hilft aber dem einzelnen Mieter — und ihm soll durch die Richtlinien geholfen werden — aber noch nicht aus seinen Nöten. Das beweisen schon die auf Grund der Richtlinien versandten Steigerungsformulare; aus ihnen erfährt der Mieter zwar, welchen neuen Mietzins er (möglichst recht bald) zahlen soll; darüber, welche Herrichtungen er endlich vornehmen will, sagt der Vermieter aber nichts. Gewiß werden auch die besten Richtlinien im einzelnen Falle durch die Handhabung in ihrer Wirkung sehr stark beeinträchtigt werden. Immerhin wird eine derartige Beeinträchtigung dann wesentlich geringer werden, wenn die Richtlinien die Rechte und Pflichten der Parteien so scharf als das möglich ist, bezeichnen. Daran fehlt es bei unsern Richtlinien vollständig. Warum ist in ihnen nicht gesagt, daß der Vermieter dem Mieter die einzelnen Bestandteile des Mietzinses zahlenmäßig mitteilen muß? Ich habe — als Vorstandsmitglied des Allgemeinen Mietbewohnervereins und Berater vieler Mitglieder — in den letzten Tagen mehr Steigerungsbriefe gesehen je gesehen; eine zahlenmäßige Begründung habe ich nicht in einem einzigen Briefe gelesen; früher waren die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse der Grund für die Steigerung, jetzt sind es die Richtlinien. Ist es praktisch, daß man den Mieter erst vor eine Zahl stellen läßt, über die er ihrer Höhe wegen erschrickt, und daß man ein viel Arbeit und viel Geld verschlingendes Verfahren vor der Mietvorprüfungsstelle und Mieteinigungsamt entsteht? Ist es nicht billiger, wenn man den Hauswirt zunächst auf eine Verhandlung mit dem Mieter (oder besser der Gesamtheit seiner Mieter) verpflichtet? Die meisten der jetzt geforderten Steigerungen werden bald zurückgewiesen werden. Der Vermieter muß also seine Zahlen — durch die Mietvorprüfungsstelle — dem Mieter doch bekannt geben; denn darüber, daß der Mieter zum mindesten in dem anschließenden Verfahren vor dem Mieteinigungsamt ein Recht auf Kenntnis der Zahlen und auf Einsicht in die von dem Vermieter als Beweisstücke angezogenen Urkunden hat, kann wohl kein Zweifel bestehen. Wozu also der Umweg?

Wird das Mieteinigungsamt die Richtlinien für seine Rechtsprechung ohne weiteres übernehmen dürfen, wenn der Mieter ihrer Anwendung widerspricht? Mit den Grundsätzen unter Db und F (sog. Schönheitsvorrichtungen) wird für die bestehenden Mietverträge den Mietern das doch sehr wesentliche Recht auf Erhaltung der Wohnung in dem gebrauchsfähigen Zustand genommen. Nun hat das Mieteinigungsamt zwar dem Mieter, demgegenüber es die Genehmigung der Kündigung abgelehnt hat, neue Verpflichtungen auferlegen, insbesondere den Mietzins erhöhen (§ 2 Abs. 2 der Mieterschutzverordnung), es kann aber nicht dem Mieter irgendwelche ihm auf Grund seines Vertrages (oder des § 536 B.-G.-B.) bestehenden Rechte nehmen — wie auch das Amtsgericht Dresden letzthin in einem Urteil, das von dem Mieter gegen einen Schiedsspruch des Mieteinigungsamtes erwirkt wurde, näher ausführt hat. Das Mieteinigungsamt wird nach meiner Ueberzeugung nicht umhin können, diesen Fall unter Beachtung des Vertragsinhaltes, also nur unter teilweiser Anwendung der Richtlinien (A, B, C) zu entscheiden.

Sächsische Angelegenheiten

Felddiebstähle, Selbstschutz und Orgesch

Der Verband sächsischer Landwirte hat an die sächsische Regierung eine Eingabe gerichtet, worin er sich über die Felddiebstähle beschwert und die Möglichkeit des Selbstschutzes fordert. Zur Begründung wird ausgeführt:

Der Landwirt ist seiner Existenz nicht mehr sicher. Die Diebstähle werden immer dreister. Im Hinblick auf die nahende Kartoffelernte rotten sich Trupps von Dutzenden, ja Hunderten zusammen, die den Kartoffelfeldern Massenbesuche abstatten. Am hellen lichten Tage stehlen sie Feld- und Gartenfrüchte in Mengen. In dem Gelände zwischen Riesa und Großenhain traf eine Hundertschaft Sicherheitspolizei eine Bande von 300 Menschen, die sogar der Sicherheitspolizei gegenüber eine drohende Haltung einnahm. In Mehren schossen die Diebe selbst nach Flurschützen mit Revolvern. In Pesterwitz wurde der Gutsbesitzer Kaiser von freigen Feldarbeitern elend ermordet. Solchen Zuständen gegenüber ist es nicht mit der üblichen Gendarmerie getan. Sie kann selbst beim besten Willen nicht überall sein und dort zugreifen, wo es nötig ist. Hier hilft nur der bewaffnete Selbstschutz der Bauern selbst. Aber auch der einzelne ist, wie ja die Verhältnisse immer wieder erweisen, dem frechen Treiben der Diebe und Räuber gegenüber machtlos. Deshalb kann nur die Organisation der beteiligten Kreise Abhilfe schaffen. Gewährt die Regierung dem Schutze für Leib und Leben, Haus und Hof zusammengeschlossenen Landwirten das Recht, sich der Gewalt mit Gewalt durch Waffengebrauch zu erwehren, so wird sehr bald der öffentlichen Unsicherheit abgeholfen werden . . .

Diese Beschwerden über die stark überhandnehmenden Felddiebstähle sind gewiß beachtlich. Aber der Hauptzweck der Eingabe ist offenbar, wie sich aus dem weiteren Verhalten ergibt, für die Orgesch, die famose Gründung des bayerischen Forstmeisters Eschrich, Stimmung zu machen und die Regierung zu veranlassen, sie in Sachsen zuzulassen. Dadurch hat der Verband sächsischer Landwirte seine Sache selbst in Mißkredit beim Volke gebracht. Denn bei der Orgesch ist offenbar der Selbstschutz nur ein Vorwand, hinter dem sich reaktionäre und hochverräterische Absichten verbergen, die darauf abzielen, das auf andre Weise zu erreichen, was Kapp versucht. Durch seinen frivolen Putsch vergeblich anstrebte. Wenn sich die sächsischen Landwirte hinter diese Kappisten verstecken, können sie nur Mißtrauen ernten, aber in keiner Weise darauf rechnen, daß sie Waffen zum Selbstschutz erhalten werden.

Russische Zustände

In Leipzig wollte dieser Tage ein offenbar bezahlter Werbeagent für Auswanderung nach Rußland die Dittmannsche Schilderung über das Elend in der Sowjetrepublik widerlegen. Mit Plakaten, die die Aufschrift trugen: Dittmanns Verrat in Sowjetrußland, wurde die Versammlung angekündigt, und sie war auch stark besucht. Die Ausführungen des Redners waren durchaus nichtsagend und unwesentlich.

In die anschließende Debatte teilten sich zunächst Kommunisten und Unabhängige, die sich in den üblichen weltrevolutionären Phrasen ergingen: dabei wurde besonders gegen die Führer der Unabhängigen vom Leder gezogen. Dann aber erhielt die Versammlung plötzlich ein ganz andres Aussehen, als zwei Zeugen der Dittmannschen Schilderungen, zwei junge Burschen, am Rednerpult erschienen, denen es gelungen war, aus aus Rußland zurückzugelangen und die die Dittmannschen Enthüllungen zum großen Aerger der Versammlungsleitung voll und ganz bestätigten, die ungetrübten drastischen Schilderungen dieser Betrogenen wirkten außerordentlich überzeugend. Das paßte natürlich aber auch den bolschewistischen und kommunistischen Versammlungsbesuchern nicht in den Kram. Es entstand großer Lärm, vielfach Rufe „Spitzel" ertönten. Die jungen Redner hatten Mühe, sich Gehör zu verschaffen. Aber der Mut verließ sie nicht und sie schütteten ihr Herz aus.

Der erste Zeuge, Funk, betonte, daß die deutschen Arbeiter bei ihrem Erscheinen in Moskau von den russischen Arbeitern als Eindringlinge und Konterrevolutionäre bezeichnet wurden. Der russische Regierungsvertreter habe erklärt, von einem Vertrage überhaupt nichts zu wissen. Das Werkzeug, das die deutschen Arbeiter mitbrachten, wurde ihnen gestohlen. Die russischen Belegschaften arbeiteten in der Fabrik angeblich 14 Stunden. In Wirklichkeit war das nur eine Stunde der Fall. Die andre Zeit standen und schliefen sie umher. „Drei deutsche Arbeiter stürzten vor Hunger an den Maschinen um.

Der zweite Redner, Beuchert, betrat das Rednerpult mit den Worten: „Auch ich bin aus dem Hungerlande geflohen." Der feindliche Empfang, den Gumbrich von Moskau geschildert habe, galt nicht den deutschen Auswanderern, sondern den russischen Kriegsgefangenen, die gleichzeitig aus Deutschland mit zurückgekommen waren. Das Brot, das in der Fabrik verteilt wird, war nicht zu essen. Es war völlig naß und schwarz und voll von Holz- und Strohteilen. In einem Raume von 2,5 Meter Breite und 4 Meter Länge mußten 10 Mann ohne Strohunterlage tagelang auf dem Fußboden schlafen. Dabei wimmelte es in dem Raume von Läusen, Flöhen und Wanzen. Nach wenigen Tagen wurden deshalb schon verschiedene Auswanderer schwer krank. Die Fabrik selbst sei vollkommen verdreckt gewesen. Die russischen Arbeiter arbeiteten überhaupt nicht, sondern standen und schliefen umher. Von den 900 Rubeln, die sie wöchentlich ausgezahlt erhielten, konnten sie sich nur ein Pfund Brot und eine Flasche Milch kaufen. Dann war das Geld alle. Von den 120 deutschen Arbeitern verweigerten unter diesen Umständen 70 sofort die Arbeit. Die russischen Arbeiter ließen aber auch die andern nicht arbeiten, sondern bezeichneten sie als Gegenrevolutionäre, sie sollten erst einmal in Deutschland Revolution machen.

Diese Schilderungen hatten die radikale Zuhörerschaft ganz außer Rand und Band gebracht; sie schrie und tobte. Da man aber auf solche Weise Tatsachen nicht aus der Welt schaffen kann, zeugten sie nur davon, wie unbequem gewissen Leuten die Wahrheit über Rußland ist.

Der Leipziger Straßenbahnerstreik vor den Stadtverordneten

Aus Leipzig wird uns berichtet: Die von einem großen Teil der Bevölkerung gehegte Erwartung, daß nach der Besprechung des Straßenbahnerstreiks am Mittwoch vor den Stadtverordneten nunmehr am folgenden Tage gleich wieder die Straßenbahn fahren würde, hat sich nicht erfüllt. Die vom Rat den Stadtverordneten vorgelegte Darstellung der Vorgeschichte des Streiks, in der dieser als ein glatter Tarifbruch und seine Inszenierung ohne vorherige Ankündigung außerdem als eine bodenlose Rücksichtslosigkeit gegen das Publikum bezeichnet worden war, blieb auch auf die Stadtverordneten nicht ohne Einfluß. Man fand sehr scharfe Worte gegen die Straßenbahner, deren ungewerkschaftliches Vorgehen von mehrheitssozialistischer Seite sogar als einer Erpressung sehr ähnlich bezeichnet wurde. Nur die Unabhängigen setzten sich für eine Erfüllung der Forderungen der Streikenden hinsichtlich der Vollbeschäftigung ein. Ihr dahingehender Antrag wurde aber abgelehnt. Ueber den weiteren Verlauf des Streiks wird nunmehr der vom Rat für den Sonnabend vormittag einberufene Schlichtungsausschuß entscheiden, dem sich auch die Streikenden unterwerfen wollen.

Doch besagt eine nachträglich eingegangene Meldung von Wolffs Landesdienst aus Leipzig folgendes: Die Straßenbahner, die sich bereits seit acht Tagen im Ausstand befinden, haben heute eine vorbehaltlose Unterwerfung unter den zu erwartenden Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und beschlossen, bis zur restlosen Anerkennung ihrer Forderungen im Streik zu verharren und die Arbeiterschaft des Transportgewerbes einschließlich der Eisenbahner zur tatkräftigen Unterstützung anzurufen. Nach einer Meldung der Streikleitung sollen sich die Eisenbahner zum Eintritt in den Sympathiestreik bereit erklärt haben.

•

Der Streik der Leipziger Straßenbahnangestellten lenkt die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Lage der Leipziger Straßenbahn. In dem Haushaltplan für 1920/21 (1. April 1920 bis 31. März 1921) sind die Einnahmen mit 71 780 000 M., die Ausgaben mit 76 504 494 M. veranschlagt, so daß der Fehlbetrag auf die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 sich auf 4 724 494 M. beläuft. Dazu kommt dann noch der noch nicht gedeckte Fehlbetrag auf die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920, so daß der Gesamtfehlbetrag 11 634 034 M. ausmacht. Bemerkt sei dazu, daß die Verstadtlichung der Straßenbahn zwar erst am 26. November 1919 erfolgt ist, der Betrieb aber bereits vom 1. Januar 1919 an auf Rechnung der Stadtgemeinde geführt wird.

Annäherung des französischen Großhandels an die sächsische Industrie

Eine Korrespondenz teilt mit: Von einer maßgebenden Gruppe französischer Großkaufleute wird auf einen ausgedehnten Handel mit den deutschen Industrien, namentlich mit denen des Freistaates Sachsen, hingearbeitet. Die betreffende Gruppe wird unterstützt von einer Anzahl französischer Volkswirtschaftler und Politiker, die Handelsbeziehungen erstreben, nicht nur bezüglich der Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich, sondern auch hinsichtlich der Wiederaufrichtung deutscher Niederlassungen im französischen Zentrum und der Organisierung eines Tauschhandels zwischen beiden Ländern. Diese Gruppe hat vorläufig ihren Sitz im Haag.

Neue Kraftwagenlinien

Am 11. September eröffnet die Generaldirektion der sächsischen Kraftwagenverwaltung den Betrieb auf den staatlichen Linien Mittweida—Hainichen—Freiberg und Mittweida—Treuen. Die Fahrpreise betragen im Durchschnitt 40 Pf. für ein Kilometer.

Schwere Ernteschäden im Erzgebirge?

Das langanhaltende Regenwetter hat, wie die Chemnitzer Allgem. Ztg. schreibt, im Erzgebirge in den hohen Lagen die Landwirte noch bei der Getreideernte überrascht. In der Altenberg-Geisinger Gegend ist das Getreide so weit durch die Nässe verdorben, daß den Landwirten nichts weiter übrig bleiben wird, als das noch auf dem Felde befindliche Getreide einzuackern. Es wächst außerordentlich stark aus und das Stroh ist so verfault, daß es nur noch zu Dünger verwendet werden kann. Der Hafer verfault ebenfalls gründlich. Der Landeskulturrat wird abermals, wie anläßlich der durch den vorzeitigen Eintritt des vorigen Winters erzeugten allgemeinen Notlage der erzgebirgischen Landwirte, eine Hilfsaktion einleiten müssen.

Diese Angaben verallgemeinern offenbar einzelne Beobachtungen in unzulässiger Weise. Nur da, wo das Getreide zum Liegen gekommen ist, kann von solchen Schäden die Rede sein wie sie in der Mitteilung behauptet werden. Ueberdies darf nicht übersehen werden, daß nur im oberen Erzgebirge das Getreide noch auf dem Felde steht, sonst aber auch im Erzgebirge wie im Vogtlande bereits hereingebracht ist.

Eine Wohnungsluxussteuer

In Glauchau wird beabsichtigt, eine Wohnungsluxussteuer einzuführen. Der Entwurf des Ortsgesetzes, wie er vom Stadtrat genehmigt worden ist, besagt im wesentlichen, daß als steuerfreie Wohnungsfläche gelten: 1. für den Wohnungsinhaber 80, 2. für die zwei weiteren zum Haushalt gehörigen Personen je 20 und 3. für jede weitere zum Haushalt gehörige Person je 15 Quadratmeter. Bei Ueberschreitung werden als Jahresmietzinssätze erhoben für jedes Quadratmeter von 1 bis 10 Quadratmeter 2 M., bis zu 30 5 M., bis zu 50 10 M., bis zu 70 20 M., bis zu 100 30 M. und über 100 Quadratmeter für das Quadratmeter 40 M. Bei Dienstwohnungen ist der Wohnungsinhaber Abgabeschuldner.

Beförderung in der Justizverwaltung

Die Ministerialräte im Justizministerium Geheimen Räte Dr. Lessing und Dr. Mannsfeld sind zu Ministerialdirektoren, die Landgerichtsdirektoren Johnsen und Dr. Hüttner, der Oberlandgerichtsrat Gebhardt sowie der Landgerichtsdirektor Dr. Wulffen in Dresden zu Ministerialräten im Justizministerium ernannt worden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Kommenden Sonntag wird im alten Leipziger Rathause die sehr reichhaltig beschickte volkskundliche Ausstellung eröffnet werden. Der Eröffnung geht die Hauptversammlung des Vereins für Sächsische Volkskunde und Volkskunst in der alten Börse voraus. — Eine dreiste Erpressung wurde an dem Gutsbesitzer Petzold in Rodewisch verübt. Bei ihm erschienen maskierte und bewaffnete Männer und erklärten ihm, der Generalstreik sei ausgebrochen und die Bauerngüter würden alle niedergebrannt, in Auerbach brenne es bereits. Bei sofortiger Uebergabe von 10 000 M. Bargeld solle jedoch sein Anwesen von der Brandstiftung verschont bleiben. Lärm zu schlagen habe keinen Zweck, denn das Gut sei umstellt. Petzold übergab den Erpressern seine gesamte Barschaft in Höhe von etwa 2000 M. Die Verbrecher gaben sich damit zufrieden und machten sich aus dem Staube. — Der Mord an dem Stadtrat Ebersbach auf dem Pfaffenberge dürfte nunmehr bald aufgeklärt sein, da es gelungen ist, einen der Täter, den 23jährigen Elektromonteur Ziegner aus Roßwein, in Posen zu verhaften. Ziegner hielt sich zuletzt in Limbach auf und wurde steckbrieflich verfolgt.

Stadt-Chronik

Lehrverträge

er. Leider muß die oft gestellte Frage, ob die bestehenden Lehrverträge noch den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, immer noch mit ja beantwortet werden. Nur in einem Paragraphen verstoßen eine große Anzahl Lehrverträge gegen das Gesetz. Das hindert aber nicht, daß sich das Dresdner Gewerbegericht unter Vorsitz des Herrn Dr. Häntsche bei der Beurteilung solcher Verträge auf diesen einen zu Unrecht bestehenden Paragraphen stützt. Kürzlich beschäftigte sich das Gewerbegericht mit einer Klage gegen die Auflösung des Lehrverhältnisses durch den Lehrherrn. Ein Ingenieur Leumer beschäftigt sechs Lehrlinge, zu deren Ausbildung er, da er selbst zu alt ist, eine bestimmte Person engagiert hat. Das Lehrverhältnis des einen Lehrlings S. wurde angeblich deshalb gelöst, weil er nach zweijähriger Beschäftigung noch nicht bewiesen habe, daß er etwas vom Handwerk in sich aufgenommen habe. S. habe zu nichts Lust, sei faul und vor allem sehr bummlig, und solche Leute könne L. nicht gebrauchen. Vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß dies kein Grund zur Lösung des Lehrvertrags sei und es doch zweckmäßiger sei, daß das Lehrverhältnis fortgesetzt würde, machte die Vertreterin des Herrn L. den Einwurf, daß S. gegen den Lehrvertrag verstoßen habe. S. sei dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Turnverein ohne Erlaubnis des Lehrherrn beigetreten. Sie müsse schon darauf bestehen, daß es bei der Lösung des Lehrverhältnisses bleibe. Jetzt war auch für den Herrn Vorsitzenden ein Grund vorhanden, der zur Lösung Veranlassung gab. Ein Vergleich, der nur durch eifriges Zureden des Vorsitzenden zustande kam, wurde geschlossen und der Lehrvertrag als gelöst betrachtet. Grund: Beitritt zur Organisation und Beitritt zum Turnverein ohne Erlaubnis. Gegen das Halten von sechs Lehrlingen, ohne auch nur einen Gesellen zu beschäftigen, fand das Gericht keine Worte. Daran, daß die Bestimmungen, nach denen es sein Urteil gebildet hat, gar nicht mehr Geltung haben, hat es nicht gedacht.

Lassen wir eine andre Instanz reden, eine Instanz, die den Handwerksmeistern, selbst wenn sie Ingenieur sind, sicher näher steht als das Gewerbegericht. Die Zahlstelle Mülheim-Ruhr des Deutschen Metallarbeiterverbandes (H. D.) wandte sich beschwerdeführend an das Wirtschaftsministerium, weil eine Anzahl Lehrverträge nachstehenden Paragraphen enthalten:

„Vereinen irgendwelcher Art darf der Lehrling nicht beitreten. Zuwiderhandlungen berechtigt den Lehrmeister zu sofortiger Aufhebung des Lehrverhältnisses und zur Forderung der vorgesehenen Entschädigung."

Das Reichswirtschaftsministerium überwies diese Beschwerde dem Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag mit dem Ersuchen um Stellungnahme. Nach Prüfung der Rechtslage äußerte sich der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag dahin, daß durch die Einfügung des § 17a vom 26. Juni 1916 in das Vereinsgesetz vom 19. April 1908 für jugendliche Personen die Vereinsfreiheit gesetzlich festgelegt worden sei. Der beanstandete Paragraph des Lehrvertrages sei deshalb schon damals hinfällig geworden und nicht erst durch die Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. Dezember 1918. In einem Rundschreiben vom 15. September 1919 fordert der Kammertag deshalb auch die Kammern auf, den beanstandeten Paragraphen im Lehrvertrag zu streichen unter Hinweis auf die rein äußerliche Rechtslage.

Diesen so deutlichen und klaren Entscheid hätte das Gewerbegericht kennen und vor allen sich zu eigen machen müssen. Das Gericht hat dies nicht getan, es hat nach dem zu Unrecht bestehenden Lehrvertrag sich sein Urteil gebildet. So könnte man noch Dutzende von Fällen anführen, in denen das Gewerbegericht ebenfalls eine sehr rückständige Stellung eingenommen hat. Die Urteile des Schlichtungsausschusses scheinen dem Gewerbegericht ebenfalls nicht zu imponieren, ja, es scheint so, als wenn man am Gewerbegericht nicht einmal das Reichsgesetzblatt kennt. Denn bekanntlich werden doch alle Verordnungen, Gesetze und Erlasse in diesem Gesetzblatt veröffentlicht.

Den Gewerbegerichtsbeisitzern von Arbeitnehmerseite sei bei dieser Gelegenheit empfohlen, sich energischer wie bisher durchzusetzen, wie es ihre Kollegen von der andern Seite tun. Eltern und sonstige gesetzliche Vertreter aber, die Kinder in eine Lehre geben wollen, müssen sich vorher beraten lassen. Sie müssen die Bureaus der Gewerkschaften aufsuchen und sich vor allem die Lehrverträge vor der Unterschrift genau ansehen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200910/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Verteidiger als Ankläger

Unter starkem Andrang sollte die 5. Strafkammer des Dresdner Landgerichts gegen den 22 Jahre alten Handlungsgehilfen Johannes Paul Neubert und gegen die 1893 in Coswig geborene, verehelichte Klara Frieda Martha Otto geb. Walter wegen Anstiftung zum Mord und Abtreibung verhandeln. Bei Eintritt in die Verhandlung stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit, während der Verteidiger des Angeklagten Neubert, Rechtsanwalt Dr. Zollenkopf, diesem Antrage widersprach und bat, daß in voller Oeffentlichkeit verhandelt werde. Der Verteidiger stellte aber weiter den Antrag, daß sich die Strafkammer zur Aburteilung dieser unter Anklage stehenden Straftaten für unzuständig erkläre und die ganze Angelegenheit dem Schwurgericht zuweisen wolle. Zur Begründung dieses Antrages führte Rechtsanwalt Dr. Zollenkopf aus, die ganze Angelegenheit sei nach seiner Meinung von der Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft nicht genügend untersucht, vielfach gesetzliche Bestimmungen verletzt und die Anklage zu Unrecht in dieser Form erhoben worden. Die mitangeklagte Otto habe Mordversuche am eigenen Ehegatten unternommen, dieser sei auch nicht das Opfer eines Unglücksfalles geworden, sondern es liege ein glatter Mord vor. Die Tatsache, daß der Ehemann der Otto tot sei und jetzt nicht mehr reden könne, werde von der Mitangeklagten benutzt, ihre schwere Schuld abzuschwächen und sich zu entlasten, um alles dem ehemaligen Geliebten Neubert in die Schuhe zu schieben. Es handele sich um ein so schweres Verbrechen, das nicht von der Strafkammer gesühnt werden könne, sondern der Zuständigkeit des Schwurgerichts unterliege.

Nach diesen Ausführungen entstand selbstverständlich große Erregung im Zuhörerraum. Das Gericht verkündete nach längerer Beratung, daß der Eröffnungsbeschluß legal sei und daß in die Verhandlung eingetreten werde, die Oeffentlichkeit aber auszuschließen sei.

Die Otto ist mit ihrem Mann seit 1913 verheiratet. Neubert wohnte in demselben Hause bei seinen Eltern. Er war im Felde verwundet und befand sich in Rekonvaleszenz. Der Ehemann Otto befand sich im Felde. Zwischen Frau Otto und Neubert entwickelte sich bald ein intimes Verhältnis. Angeblich konnte N. ohne die Otto nicht leben. Das Verhältnis soll mehrmals Folgen gehabt haben, weshalb jetzt die Anklage wegen Abtreibung und Anstiftung erhoben worden war. Am 25. Juni morgens wollte sich Frau O. angeblich mit dem Karabiner ihres Mannes erschießen. Nach der damaligen amtlichen Darstellung ist ihr Ehemann dazugekommen. Es entstand ein Kampf um die Schußwaffe, dabei soll sich das Gewehr entladen und der Schuß dem O. in den Hals gegangen sein. Er brach sofort tot zusammen.

Das gegen Abend verkündete Urteil der geheimen Verhandlung lautete bei Frau Otto auf versuchte Abtreibung zu 2 Monaten Gefängnis und bei Neubert wegen dieses Punktes auf Freisprechung. Beide Angeklagte wurden aber in die Untersuchungshaft zurückgeführt, da sie sich wegen Mordes resp. wegen Anstiftung dazu vor dem Schwurgericht verantworten müssen.

Eine unverbesserliche Milchpanscherin

Die 53jährige Milchhändlerin Emma Luise Auerswald aus Lungwitz bei Kreischa ist schon mehrfach wegen Milchpanschens bestraft worden, sie kann sich aber die Panscherei nicht abgewöhnen. Am 24. März d. J. wurde sie wieder erwischt, als sie ihrer Milch 25 bis 30 Prozent Wasser zugesetzt hatte. Das Schöffengericht hatte sie dafür am 18. Mai zu 2 Monaten Gefängnis, 300 M. Strafe und Bekanntgabe des Urteils in den Dresdener Tageszeitungen verurteilt. Mit dem Urteil war die A. aber nicht zufrieden. Sie legte Berufung dagegen ein. Dasselbe Rechtsmittel hatte aber auch der Staatsanwalt eingelegt, der verlangte, daß eine höhere Bestrafung eintrete. Die A. wollte gern die Freiheitsstrafe in Geld umgewandelt und die Publikation des Urteils in den Zeitungen erlassen haben. Sie gab zur Entschuldigung noch an, ihre Kundschaft hätte sie gezwungen, die Milch zu strecken, weil sie alle Tage mehr verlangten. Da hätte sie sich nicht anders helfen können, als wie die Milch zu strecken. Das Gericht verwarf beide Berufungen, so daß es bei dem ersten Urteil bleibt. In der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich gesagt, daß die Veröffentlichung derartiger Urteile eine heilsame Wirkung habe.

Ein ungetreuer Postaushelfer

Noch einen Beitrag zum Defizit der Reichspost lieferte eine Verhandlung vor dem Dresdner Schwurgericht. Es hatte sich daselbst der 22jährige Postaushelfer Georg Hermann Michael aus Großenhain wegen Beiseiteschaffung ihm amtlich anvertrauter Urkunden und Briefe, schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu verantworten. Der Angeklagte war Feldzugsteilnehmer, verwundet und verschüttet gewesen und nach seiner Wiederherstellung im Postamt 1 als Beamtenanwärter beschäftigt. Nach der Anklage hat er drei an Dresdner Firmen eingegangene Postanweisungen nicht, wie es seine Pflicht war, in deren Schließfächer eingelegt, sondern an sich genommen. Dann hat er sich am Schalter die Beträge auszahlen lassen und auf den Karten mit einem ihm nicht zukommenden Namen quittiert. Es handelt sich um Summen von 762,50 M., 2586 M. und 6600 M. Mit dem Gelde soll er ein äußerst flottes Leben geführt haben. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen lautete das Urteil auf zwei Jahre zwei Monate Zuchthaus, 800 M. Strafe oder weitere 20 Tage Zuchthaus.

Erwerbslosenunterstützung. Der Reichsarbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium festgesetzt, daß die Erwerbslosenunterstützung zu den steuerfreien Bezügen zu rechnen ist, ferner hat die Reichsregierung beschlossen, die Unterstützung, die die Gewerkschaften zahlen, nicht mehr auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen.

Dresdner Kinder in Norwegen. Sonnabend, voraussichtlich 6,28 Uhr nachmittags, trifft der erste Transport Dresdner Kinder aus Norwegen auf dem Hauptbahnhofe ein. Es sind hauptsächlich Kinder, die am 28. Mai ausgereist sind. Der Haupttrupp, die am 10. Juni ausgesandten Kinder, trifft voraussichtlich am 18. September um dieselbe Zeit hier ein. Die Eltern der Kinder werden gebeten, sich zur Abholung auf dem Bahnhofe einzufinden.

Dresdner Esperantoschüler in Dänemark. Seit 1. Juli weilt eine Reihe unsrer Volksschüler und -schülerinnen, die in Kursen die internationale Sprache Esperanto erlernt haben, in Dänemark als Sommergäste dortiger Esperantistenfamilien. Der Trupp von Grenaa, drei Knaben und 17 Mädchen, wird heute Freitag die Heimfahrt unter Führung des Lehrers Skora antreten. Die Ankunft in Dresden wird sich nach dem Eintreffen in Berlin richten. Der Trupp Kopenhagen wird voraussichtlich noch einige Wochen in Dänemark verweilen.

Süßstoffverteilung. Wie uns das städtische Lebensmittelamt mitteilt, hat die hiesige Bevölkerung bei der monatlich einmal stattfindenden Verteilung von Süßstoff im Durchschnitt nur die Hälfte der rechnerisch nach der Bevölkerungszahl sich ergebenden Menge abgenommen. Um demjenigen Teil der Bevölkerung, der Interesse am Süßstoff hat, den Bezug einer erhöhten Menge dieses Artikels zu ermöglichen, hat der Ernährungsbeirat beschlossen, in Zukunft die monatlich zur Verteilung bestimmte Menge zu verdoppeln, das sind zwei Süßstoff-H-Packungen für eine Person.

Die Säle des Städtischen Ausstellungspalastes werden von Mitte Dezember d. J. an für Vereinsveranstaltungen und Versammlungen wieder frei. Auch die Wiederherstellung des Geländes des Ausstellungsgrundstücks soll baldigst in Angriff genommen werden.

Das Ruhegeld für Altpensionäre. Von unterrichteter Seite wird uns folgendes mitgeteilt: Durch Gesetz vom 21. Mai 1920 ist das Ruhegeld der sogenannten Altpensionäre, ihrer Hinterbliebenen sowie der Hinterbliebenen solcher Staatsbeamten und Lehrer, die vor dem 1. April 1920 im Amte verstorben sind, rückwirkend ab 1. April 1920 angemessen erhöht worden. Leider haben aber die neuen Bezüge bisher noch nicht ausgezahlt werden können. Es ist nötig, sie einzeln festzustellen, und diese Arbeit nimmt bei ihrem Umfange trotz Anspannung aller verfügbaren Kräfte geraume Zeit in Anspruch. Um nun die Ruhegeldempfänger darunter nicht leiden zu lassen, ist ihnen im Juni und im August je ein Monatsbetrag ihrer bisherigen Bezüge als Vorschuß gewährt worden; einen Vorschuß von gleicher Höhe beabsichtigt die Regierung im September anzuweisen.

Neue Briefmarken. Bekanntlich gibt die Postverwaltung die Pfennigwerte der Postwertmarken aus drucktechnischen Gründen und mit Rücksicht auf Bestimmungen des Weltpostverkehrs demnächst in neuen Farbenwahlen aus. Da die Farben der neuen Marken teilweise den Farben bisher anderswertiger Marken gleichen (zum Beispiel die rote 40-Pf.-Marke der bisherigen 10-Pf.-Marke), mußte zur Vermeidung von Verwechslungen und zur Hintanhaltung von Betriebserschwernissen vor der Neuausgabe auf den möglichsten Aufbrauch der Marken bisheriger Art Bedacht genommen werden. Daraus hat sich an Orten mit größerem Verkehr zeitweise ein Mangel an häufig gebrauchten Marken ergeben, obwohl die Dienststellen angewiesen sind, Ungleichheiten in den Beständen unter sich durch Austausch auszugleichen. Mit der Herausgabe der neuen Marken, die in ausreichenden Mengen fertiggestellt sind, ist bereits begonnen, sie wird in den nächsten Tagen in umfassender Weise durchgeführt, so daß die hervorgetretenen Schwierigkeiten, die bei dem Uebergang zu den neuen Postwertzeichen leider nicht zu vermeiden waren, in Zeitkürze behoben sein werden. Die Marken der bisherigen Arten bleiben vorläufig weiterhin gültig. Die noch vorhandenen Vorräte müssen neben der neuen Ausgabe aufgebraucht werden.

Zoologischer Garten. In den letzten Wochen ist an der Nordostseite des den sogenannten Kanal abschließenden Felsens, an dessen Südwestseite sich der große Flugkäfig für Reiher, Möwen usw. anlehnt, ein noch geräumigerer ovaler Flugkäfig entstanden, in dem Mittwoch nachmittag die bisher in der Adler- und Geiergalerie in einzelnen Käfigen untergebrachten großen Raubvögel vereinigt wurden. Der Neubau verdankt seine Entstehung der Stiftung des verstorbenen Kaufmanns Hepke, der in seinem Testamente die Stadt als Erben einsetzte mit der Bestimmung, die Zinsen seines Vermögens zum Besten und zur Freude der Dresdner zu verwenden. Um 5 Uhr flogen sieben Adler und fünf Geier in den stolzen Kuppelbau, der 26 Meter lang und 14 Meter hoch ist, sehr verwundert über das ihren Augen sicherlich anfänglich entgangene sehr weitmaschige Drahtgeflecht, bald aber beruhigt durch das hingeworfene reichliche Futter. — Der Entwurf des Käfigs stammt vom Hochbauamt der Stadt Dresden, das auch die Bauleitung übernommen hatte — Bauamtmann Louis. Ausgeführt wurde der Käfig vom Elbtal-Eisenwerk Klemens Steuer, den Baumeistern Menschatz u. Söhne und dem Drahtwarenfabrikanten Karl Joseph.

Volkshochschule. Oberlehrer Emil Herrmann veranstaltet am 13., 16. und 19. September Lehrgänge zur Kenntnis der Pilzarten. Der erste, Montag den 13. September, führt nach Klotzsche (Abfahrt 2 Uhr 45 Min. von Dresden-N.), der zweite, Donnerstag den 16. September, nach Langebrück (ebenfalls Abfahrt 2 Uhr 45 Min.), und der dritte, Sonntag den 19. September, nach Moritzburg (Abfahrt früh 6 Uhr 49 Min. von Dresden-N.). Preis für alle drei Ausflüge 2 M. (für Mitglieder), für den einzelnen 75 Pf. Karten sind in der Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Schulgasse 1, Erdg., Zimmer 44, zu haben.

Das Heimatkundliche Schulmuseum des Dresdner Lehrervereins, Sedanstraße 19, Hinterhaus 3. Stock, eröffnet am kommenden Sonntag, vormittags 11 Uhr, die Vierteljahres-Ausstellung „Bergbau und Industriegebiet des Plauenschen Grundes“.

Eine Elternversammlung der 10. Volksschule findet Montag, 7 Uhr abends, in der Turnhalle statt.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Dresden, veranstaltet Freitag, abends 7 Uhr, im Saale des [illegible], Wettinerstraße, eine öffentliche Protestkundgebung gegen das neue Reichsversorgungsgesetz und die bisher erschienenen Ausführungsbestimmungen. Es ist Pflicht aller Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, in der Versammlung zu erscheinen.

Bezirk Neustadt-West. Sonnabend, abends 7 Uhr, Neustädter Löwenbräu, Königsbrücker Straße, Mitgliederversammlungen. Tagesordnung: Delegiertenwahl zum Gautag.

Vermischte Nachrichten. Vergangene Woche wurde in der Hamburger Straße ein dortiger Wächter in einem Grundstück von Unbekannten unter vorgehaltenem Revolver geknebelt und dann ein Auto im Werte von 140 000 M. gestohlen. Die betreffende Firma hatte für Ermittlung des Autos 8000 M. Belohnung ausgesetzt. Das auf so gewalttätige Weise entführte Automobil ist inzwischen in Chemnitz ermittelt worden, doch fehlt aber über die Täter noch jeder sichere Anhalt. — Auf dem Altmarkt fuhr der zehnjährige Sohn eines Technikers mit seinem Rollschuh in ein Automobil. Der unvorsichtige Knabe wurde mehrfach verletzt; er mußte nach der Verbandstation in der Wallstraße gebracht werden. — Der in der Mitte der sechziger Jahre stehende pensionierte Eisenbahnbeamte Naumann, in Buchholz-Friedewald wohnhaft, stürzte am Donnerstag auf der Marienbrücke derartig auf das Pflaster, daß er mit einer erheblichen Kopfwunde der Sanitätswache Wallstraße zugeführt werden mußte.

Dresdner Umgebung

Zur Stillegung der Lößnitzbetriebe

Der Gemeindeverband für das Elektrizitätswerk Niederlößnitz sendet uns auf die Anklagen der Arbeiterschaft in Nr. 206 vom Montag den 6. September folgende Richtigstellung:

Die in dem Artikel gezogenen Schlußfolgerungen sind unzutreffend. Der darin erwähnte Fall liegt bereits über ein halbes Jahr zurück und steht in gar keinem sachlichen Zusammenhang mit den jetzigen Betriebsstörungen. Im übrigen ist auch dieser Fall unrichtig wiedergegeben. Wir sehen davon ab, auf jene Vorgänge hier nochmals einzugehen, weil die stattgefundene Stromunterbrechung aus jener Zeit einwandfrei klargestellt und der Hergang der hiesigen Arbeiterschaft bekannt ist. Was den am Schluß erhobenen Vorwurf anlangt, daß die Ueberwachung des Werkes nicht ordnungsgemäß erfolgt sei, so müssen wir denselben auf das entschiedenste zurückweisen. Die jetzt eingetretene Stromunterbrechung ist lediglich auf höhere Gewalt zurückzuführen. Es lag ganz außerhalb der Macht der Betriebsleitung, sie zu verhindern. Dem Werke standen für die Stromlieferung außer einigen kleinen Dampfmaschinen zwei Dampfturbinen zur Verfügung. Bei der einen Turbine wurde vor kurzem die Wickelung des Rotors defekt, sie mußte deshalb zur Reparatur nach Mannheim an die Lieferantin geschickt werden. Noch ehe diese Reparatur in Mannheim beendet war, schlug am Donnerstag letzter Woche die Hochspannungswickelung der zweiten (Reserve-)Turbine infolge eines Blitzschlags durch. Mit den noch zur Verfügung stehenden kleinen Maschinen kann der Betrieb nur beschränkt fortgeführt werden. Seitens des Werks ist wegen der Reparatur der ersten Turbine bereits bei der Auftragserteilung an die Firma Brown u. Boveri um Beschleunigung der Arbeiten gebeten und an die Firma dasselbe Ersuchen mehrfach dringend erneuert worden. Um eine schnellere Fertigstellung zu erzielen, ist um Tag- und Nachtarbeit gebeten und dieses Ersuchen auch noch vom Betriebsrat des Werkes an den Betriebsrat der Firma Brown u. Boveri weitergegeben worden. Endlich sind mehrere Arbeitervertreter der an das Werk angeschlossenen Betriebe zur Zeit auf der Fahrt nach Mannheim, um dort an Ort und Stelle auf den Betriebsrat einzuwirken, daß er für die Reparatur Ueberstunden und Nachtarbeit zuläßt.

Zur Sicherstellung eines geordneten Betriebes standen zunächst die beiden Turbinen, davon die eine als Reserve, zur Verfügung, weiter hat das Elektrizitätswerk einen Stromlieferungsvertrag mit dem Elektrizitätsverband Gröba abgeschlossen, und endlich hat es sich an dem Gemeindeverband Vorortssammelschiene beteiligt, der eine Verbindung mit den andern Dresdner Vorortswerken zur gegenseitigen Unterstützung herstellt. Ein Strombezug von Gröba ist zur Zeit nicht möglich, weil Gröba selbst in der Stromlieferung infolge eingetretener Maschinendefekte im Lauchhammer-Werk gleiche Schwierigkeiten hat. Der Ausbau der Verbindungsleitung für die Vorortssammelschiene ist noch im Gange. Die jetzige Stromunterbrechung ist auf das Zusammentreffen verschiedener Umstände zurückzuführen, die sich nicht absehen ließen. Ein Vorwurf trifft die Betriebsleitung nicht.

Aus dem Parteileben

Parteiversammlung im 5. Kreis

Am Donnerstag abend fand im Volkshaussaale eine Versammlung statt, die die Wahl des Delegierten zum Parteitag in Kassel vorzunehmen hatte. Genosse [illegible] hielt ein einleitendes Referat über die Abänderung des Parteiprogramms. Da der diesjährige Parteitag diesen Punkt nicht erledigen könne, die Debatten über ihn mindestens ein Jahr, vielleicht selbst länger andauern würden, gab der Referent als Einleitung zu dem ausgedehnten und wichtigen Meinungsstreit eine geschichtliche Uebersicht über die verschiedenen sozialdemokratischen Parteiprogramme seit dem ersten, dem kommunistischen Manifest. Sie alle waren noch unvollkommen, aber in ihrer Art vollständig; sie enthielten fast alles Nötige, was gesagt werden mußte. Das letzte jetzt zu revidierende Programm sei aber leider, wie selbst Engels sofort anerkannte, unvollständig; es mangelt ihm die Angabe der politischen oder sozialen Zukunftsbestrebungen und Zukunftsaufgaben der Partei. Redner sieht diesen Mangel geradezu für die Ursache der jetzigen Zerfahrenheit, Zersplitterung und Unklarheit der deutschen Arbeiterbewegung. Er erklärt sich aus den Verhältnissen der Jahre 1890 und 1891 und der damals beginnenden Sonderung in einen linken und rechten Parteiflügel und der von letzterem allzustark gefühlten Furcht vor der Utopie. Man glaubte die Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaft, ja eines demokratischen Staates noch weit entfernt.

Das erschienene Buch über die Aenderung des Programms sei leider sehr unvollständig. Da die Diskussion hierüber sich lange hinziehen werde, so sei es unbedingt nötig, daß sofort ein Aktionsprogramm (vielleicht von einer gewählten Kommission in Verbindung mit Parteivorstand und Parteiausschuß) verfaßt und veröffentlicht wird, damit Parteigenossen, Zeitungen und Funktionäre endlich für ihre Tätigkeit eine bindende Vorschrift, die neuen Parteigenossen einen Begriff vom Wollen der Partei erhalten.

In der lebhaften Debatte wurden allerlei Wünsche über den verhandelten Gegenstand laut und dem Delegierten mit auf den Weg gegeben. Als solcher wurde zum Schluß der Kreisvorsitzende Genosse Büyner einstimmig gewählt. Ein Antrag an den Parteitag über die Wohnungs- und Bauarbeiterfrage und zwei über den Ausbau der Jugendbewegung wurden einstimmig angenommen.

Bezirk Pieschen. In einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung sprach Genosse Fauke über das Thema: Ernährungsfragen, Teuerung, Zwangswirtschaft. Im Jahre 1919 wurden allein 5 Millionen 20 Tausend Schweine der breiten Masse durch Schleichhandel entzogen. Desgleichen geschah auch auf allen andern Ernährungs- und Wirtschaftsgebieten in ähnlicher Weise. Aus diesen und ähnlichen Erscheinungen heraus ist es zu verstehen, daß selbst in Arbeiterkreisen das Bedürfnis nach Aufhebung der Zwangswirtschaft entstand. Die Zwangswirtschaft war und ist nicht das richtige Hilfsmittel, um der arbeitenden Bevölkerung die im Bereiche der Möglichkeit liegenden Rationen zuzuführen. Auch der Referent ist der Auffassung, daß die Zwangswirtschaft beseitigt werden muß. Aber dafür dürfe nicht die freie, sondern müsse eine durchgreifende Planwirtschaft eingeführt werden. Mit der dringenden Aufforderung, jede Uebertretung der Richtpreise und Vorschriften den zuständigen Ueberwachungsstellen mitzuteilen, schloß Genosse Fauke seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. — Sämtliche Debatteredner sprachen im Sinne des Referenten. Nach Erledigung [illegible] fand folgende Resolution Annahme: Die heute am 6. September stattfindende Mitgliederversammlung wendet sich an die maßgebenden Vertreter der Partei im Reichstage, bei der Beseitigung der Zwangswirtschaft mit allen Mitteln dahingehend zu wirken, daß das Existenzminimum des arbeitenden Volkes gesichert wird. Die Beseitigung der Zwangswirtschaft für alle Ernährungsgebiete ist schrittweise vorzunehmen, um die notwendigste Ernährung sicherzustellen.

Bezirk Striesen. Die Teilnehmer an der morgen 4½ Uhr nachmittags im Felsenkeller Plauen stattfindenden Kreisversammlung fahren mit der Linie 22 ab Altenberger Straße 3,10, ab Barbarossaplatz 3,16 bis Stadtgrenze Kielmannsegg-Bienertmühle, von dort aus zu Fuß nach dem Versammlungsort. Kein Delegierter darf fehlen, es wird Kontrolle ausgeübt.

6. Kreis, Gruppen Cotta, Leutewitz-Briesnitz. Morgen Sonnabend Wanderabend mit Musikbegleitung nach Gasthof Mobschatz. Alle Mitglieder mit ihren Angehörigen werden aufgefordert, pünktlich am Stellplatze zu erscheinen. Abmarsch vom Restaurant Turmhaus, Steinbacher Straße, Punkt 6½ Uhr. Die Teilnehmer von Leutewitz-Briesnitz schließen sich an der [illegible] Straße (Ziegelei) an. Für die Frauen ist eine angenehme Ueberraschung vorbereitet.

Plauenscher Grund

Birkigt. Am Montag Verteilung von Kohlen am Carola-Schacht in Döhlen auf Karten lfd. Nrn. 301—370 je 2 Hektoliter, am Dienstag am Glückauf-Schacht in Bannewitz auf lfd. Nrn. [illegible] bis 410 je 2 Hektoliter. Abstempelung Sonnabend, vormittags von 10 bis 11 Uhr. Am Carola-Schacht in Döhlen sind die Kohlen nachmittags von 8 bis 9½ Uhr abzuholen.

Dölzschen. Spiritusmarkenausgabe für Säuglinge ab heute Freitag und für sonstige Bezugsberechtigte ab Montag. — Die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln ist aufgehoben worden. Die Bevölkerung hat sich die Kartoffeln im freien Handel selbst zu beschaffen. Die Gemeinde hat sich aber einen Teil Kartoffeln gesichert und ist bereit, in der Beschaffung von Kartoffeln mitzuwirken. Die Einwohner werden ersucht, den Bedarf, den sie durch die Gemeinde zu decken wünschen, bis Mittwoch anzumelden. — Die Gemeinde will versuchen, auch dieses Jahr wieder für die Minderbemittelten Brennholz zu beschaffen. Bestellungen sind bis Mittwoch mündlich beim Gemeindeamte anzubringen. — Bekanntmachung, freiwillige Spenden für die Suppenpflege betreffend, siehe Anschlag.

Potschappel. Kohlenkarten, lautend auf Nrn. 800—1600, sind zur Belieferung bei Paul Herrmann anzumelden.

Bezirk Coschütz, Gittersee, Burgk, Kleinnaundorf. Morgen Sonnabend Wanderabend mit Tanz nach der Prinzenhöhe, Cunnersdorf. Abmarsch 7 Uhr von Hamanns Restaurant in Burgk. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Auch sind Genossen von Cunnersdorf-Bannewitz herzlich willkommen!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Edgar Hahnewald, Dresden-A.
Für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200910/6
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der drohende englische Bergarbeiterstreik

Ein alter Freund und Mitarbeiter unsers Blattes, der schon seit vielen Jahren in England lebt, schreibt uns zum ersten Male wieder seit dem Kriegsausbruch unterm 3. September aus England:

Die Tagespresse und die öffentliche Meinung Englands beschäftigt sich jetzt hauptsächlich mit dem drohenden Bergarbeiterstreik, der am 25. September beginnen soll, wenn nicht in der letzten Stunde noch eine Vereinbarung zwischen den beteiligten Parteien zustande kommt. Bis jetzt hat sich die Regierung, unter deren Kontrolle die Bergwerke sich noch befinden, entschieden gegen die Forderungen der Arbeiter ausgesprochen. Infolgedessen hat die Leitung der Bergarbeiter-Föderation die Frage, ob die Forderungen durch die Einstellung der Arbeit erzwungen werden sollen, den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet.

Die Forderungen sind wie folgt: 1. Eine Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Schicht. 2. Preisermäßigung der Hauskohle von 14 Schilling 2 Pence pro Tonne. Die Forderungen der Bergarbeiter werden damit begründet, daß die Regierung und die Bergwerksbesitzer einen Profit von 100 000 000 Pfund Sterling das Jahr machen. Davon erhalten die Bergwerksbesitzer 34 000 000 Pfund Sterling — gegen 13 000 000 Pfund Sterling vor dem Krieg — und die Regierung 66 000 000 Pfund Sterling. Der Preis der Tonne Hauskohle ist von 1914 bis 1918 um 13 Schilling gestiegen, und im Juli 1919 wurde die Tonne wieder um 6 Schilling erhöht. Diese Steigerung rief aber eine starke Opposition hervor, und nach kurzer Zeit reduzierte die Regierung ganz unerwartet den Preis der Tonne um 10 Schilling. Diese unerwartete Wohltat dauerte aber nicht gar zu lange, und im Mai dieses Jahres erließ die Regierung eine Bekanntmachung, daß der Preis der Hauskohle um 14 Schilling 2 Pence die Tonne erhöht werde. Nun nahm die Bergarbeiter-Föderation Stellung zu der Frage und verlangte, daß die Preiserhöhung zurückgezogen werden sollte, weil besonders der ärmere Teil der Bevölkerung schwer davon betroffen werde und die Bergwerke ohne die Preiserhöhung gut bestehen können. Im Verweigerungsfall würde die Föderation eine Lohnerhöhung im Vergleich zur Preissteigerung beantragen. Die Regierung erachtete die angeführten Gründe der Bergarbeiter für ungenügend und war nicht geneigt, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Die Lohnerhöhung sei nicht berechtigt, da sie während des Kriegs die Preise der erhöhten Lebensmittel überstiegen habe. Und der Arbeitsminister Sir Robert Horne, der die Sache in der Hand hat, erklärte, daß die Kohlen zum Kostenpreis an die inländischen Konsumenten geliefert würden. Da keine Vereinbarung zustande kam, so wurde auf einer Bergarbeiterkonferenz die weitgreifende Frage behandelt und die oben genannten Forderungen wurden den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet, an der sich von den 904 000 Mitgliedern der Bergarbeiter-Föderation 845 647 beteiligten, von denen 606 782 für und 238 865 gegen den Streik stimmten, für den sich also eine Mehrheit von 367 917 Stimmen ergab.

Dieses Ergebnis der Abstimmung wurde der am 31. August in London abgehaltenen Konferenz der drei alliierten Gewerkschaften, Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter, zur Begutachtung vorgelegt. Die Konferenz billigte die Forderungen der Bergarbeiter als mäßig und gerecht und beschloß, sie mit allen Mitteln zu unterstützen, die zur Verfügung stehen. Nun wurde auf der Bergarbeiterkonferenz am 2. September die Entscheidung getroffen, daß die Arbeiter ihre Kündigung am 4. September einreichen, so daß am 25. September sämtliche Bergwerke in Großbritannien zum Stillstand kommen.

In der Zwischenzeit wird von den alliierten Gewerkschaften der Versuch gemacht werden, durch Vermittlung eine Vereinbarung mit der Regierung zu erzielen. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung in die Lohnforderung einwilligen wird, um einen Streik zu verhindern, der das ganze Wirtschaftsleben schwer bedroht. Ob aber die Regierung geneigt sein wird, in der Forderung der Preisermäßigung nachzugeben, das ist freilich eine andere Frage. Würden die Bergarbeiter sich mit der Lohnerhöhung begnügen und die Forderung der Preisermäßigung preisgeben, so würde sich die öffentliche Meinung noch schroffer gegen sie kehren, als es jetzt schon der Fall ist.

Die Presse hat in den letzten Wochen ihr Möglichstes getan, um die „Unersättlichkeit und Faulheit der Bergarbeiter“ dem Publikum vor die Augen zu bringen. Robert Smillie und Frank Hodges, der Präsident und der Sekretär der Bergarbeiterföderation, sind die Zielscheibe der Preßergüsse, mit denen die Bestrebungen der Bergarbeiterbewegung überschüttet werden. Alle möglichen und unmöglichen Dinge wurden veröffentlicht, um die Bergarbeiter zu spalten. Trotzdem die Frage der Nationalisierung der Bergwerke mit den jetzigen Forderungen nichts gemein hat, so wurde doch Robert Smillie gegen Herbert Smith ausgespielt: Smillie als der extreme Agitator, der die Nationalisierung der Bergwerke durch die direkte Aktion der alliierten Gewerkschaften gegen den Willen der Majorität der Bevölkerung durchsetzen will, und Smith, Präsident der Yorkshire Bergarbeitergewerkschaft, als der konstitutionelle Agitator, der die Nationalisierung durch die Parlamentswahlen befürwortet. Und es gereicht den Bergarbeitern zur Ehre, daß sie sich durch den Preßwirrwarr in der Abstimmung nicht beirren ließen.

Ungeheure Geschichten von der Verschwendung des hohen Verdienstes der Bergarbeiter machen die Runde durch die Presse. Diese wunderbaren Geschichten werden von Frank Hodges in einem Artikel im Labour Leader zerstört. Nachdem er die Preise, den Profit der Bergwerksbesitzer und den Gesamtprofit der Kohlenindustrie, den er auf 100 000 000 Pfund Sterling berechnet, beleuchtet hat, sagt er in bezug auf die Arbeitslöhne:

„Wie stellen wir uns als Produzenten? Unsre Stellung zu den Preisen haben wir definiert — wie steht's mit unsern Löhnen? Wir verlangen 2 Schilling, 1 Schilling und 9 Pence pro Schicht für Erwachsene bzw. für jugendliche Arbeiter und Jungen. Sind wir dazu berechtigt? Im Jahre 1914 betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen aller beschäftigten Personen in der Kohlenindustrie 82 Pfund Sterling oder 31½ Schilling die Woche. Das war die Belohnung für des Bergmanns Geschick und Risiko. Jetzt ergibt sich folgender Lohn: 209 Pfund Sterling pro Jahr oder 4 Pfund Sterling 9 Pence pro Woche. Das würde als eine wesentliche Erhöhung erscheinen, ist es aber nicht bei der Tatsache des verminderten Geldwertes, wenn der Kaufpreis in Erwägung gezogen wird.“

Frank Hodges hat freilich in seiner Zusammenstellung die große Zahl der Jugendlichen und Uebertagearbeiter einbegriffen, deren Lohn bedeutend niedriger steht. In Wirklichkeit stellt sich der Lohn der qualifizierten Bergleute doch etwas höher, denn der Minimallohn beträgt 88 M. pro Woche, in Südwales 100 M., und bei einer vollen Woche dürfte wohl kein Bergmann unter 100 M. nach Hause gehen. Nach dem letzten Regierungsbericht sind die Lebensmittelpreise seit 1914 um 162 Prozent gestiegen. Mit dieser Steigerung hat die Lohnsteigerung der englischen Bergarbeiter absolut nicht gleichen Schritt gehalten. Außerdem steht der Minimallohn der Bergarbeiter wesentlich niedriger als der andrer Arbeiter, z. B. der Bautischler, Maurer und Steinmetzen mit 102,66 M. und der Maschinenbauer mit 93,25 M. Den aufgestellten Forderungen läßt sich also die Berechtigung nicht absprechen.

Erfolglose Verhandlungen in England

Die gestrige Konferenz zwischen der englischen Regierung und den Vertretern der Bergarbeiter verlief ergebnislos. Aus London wird darüber berichtet: Im Verlaufe der Konferenz zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergarbeiter weigerten sich diese, bezüglich der Herabsetzung der Kohlenpreise nachzugeben. In bezug auf die Lohnfrage weigerten sich die Delegierten ebenfalls, ein industrielles Gericht anzuerkennen oder sich mit den Arbeitgebern zu verständigen.

Der Vollzugsausschuß der Bergleute berief zum 21. September eine nationale Konferenz der Bergarbeiterdelegierten nach Portsmouth, um den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung entgegenzunehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Fünf Wochen ohne Straßenbahn

Hannover ist jetzt seit fünf Wochen ohne Straßenbahn, weil die Straßenbahner streiken. Vom Deutschen Transportarbeiterverband wird der Dena nunmehr mitgeteilt: Die neuerliche Abstimmung unter den streikenden Straßenbahnern ergab folgendes Resultat: Abgegebene Stimmen 2182, für das Schiedsgericht 1174, für den Streik 986, ungültig 23 Stimmen. Es ist also Aussicht vorhanden, daß der Streik in Kürze beigelegt werden wird.

Streikabbruch der Hamburger Hafenarbeiter

Hamburg, 10. September. In der Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter haben erneut Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keiner Einigung führten. Die Lohnkommission ist nun nach Berlin gereist, um mit dem Reichsarbeitsminister zu verhandeln. Auf Veranlassung der Leitung des Transportarbeiterverbandes haben während der Dauer der Verhandlungen die in Hamburg in den Streik getretenen Hafenarbeiter den Streik abbrechen müssen.

4. Klasse 177. Landeslotterie

2. Ziehungstag am 9. September 1920
(Ohne Gewähr.)

70 000 M. auf Nr. 8305 (Friedrich Fricke & Co., Leipzig).
30 000 M. auf Nr. 72935 (W. Metzler, Dresden).
20 000 M. auf Nr. 33457 (Albin Schmeißer, Penig i. S. und Robert Lederer in Leipzig).
5000 M. auf Nr. 66281.
3000 M. auf Nr. 59172 73392 80550 96781 105787.
2000 M. auf Nr. 761 20020 66600 74786 76096 104850 114526.
1000 M. auf Nr. 2224 7651 8653 18554 19893 21549 30121 30401 35248 35821 35143 38856 53562 55204 56061 61472 84846 88277 89043 94521 95224 98411 104589 106547 107006 108051 109178.
500 M. auf Nr. 493 841 2926 3256 4463 5398 5516 6781 9848 10722 12528 13141 13525 14161 14006 16695 17548 17736 17863 17940 18782 21624 22941 22829 23495 23700 24912 25251 27085 28442 29188 30625 31653 32656 32957 33657 34094 34252 36549 37261 37809 37914 38245 40115 40469 41129 41733 41743 42964 43836 43535 43815 44070 44176 45153 45534 46092 46209 46774 47128 47250 47533 49094 51283 51481 52561 54845 55610 55691 57400 57532 58873 59746 59753 60573 61208 61729 61881 62190 62206 63249 64067 64501 64733 64908 65031 66893 67736 67827 68153 69045 69412 69804 70395 71127 71632 73318 74445 74956 75542 76010 76730 77241 77264 78678 81295 81446 81878 82413 82712 83895 84810 86192 88029 89257 91200 91208 91481 92048 94294 94806 96572 96622 96824 97195 97934 98001 99538 99575 102171 102737 103536 103870 104457 104679 105028 105088 106087 109747 110505 111407 111001 111764 112040 112066 112837 115836 117613 117879 117883 118261 118541.

Helft den vertriebenen Auslanddeutschen
Wir brauchen sie zum Wiederaufbau

Bekanntmachung,

Erleichterungen bei Ausführung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn betreffend.

1. Uebersteigt bei ständig beschäftigten Arbeitnehmern der abzugspflichtige Teil des Arbeitslohnes — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15 000 M., nicht aber den Betrag von 30 000 M., so sind bis auf weiteres von dem Teil des abzugspflichtigen Arbeitslohnes, der — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15 000 M. nicht übersteigt, 10 v. H. von dem übrigen Teil des abzugspflichtigen Arbeitslohnes 15 v. H. einzubehalten. Danach ist bei ständig beschäftigten Arbeitnehmern, sofern der auf das Jahr umgerechnete abzugspflichtige Arbeitslohn 30 000 M. nicht übersteigt, die Durchführung vorzunehmen. Beträgt z. B. der abzugspflichtige Wochenlohn 400 M. und demgemäß der auf das Jahr umgerechnete Arbeitslohn 20 800 M., so sind von 300 M. 10 v. H. (da 300 M. Wochenlohn auf das Jahr umgerechnet 15 000 M. ergeben) und von 100 M. 15 v. H. einzubehalten.

2. Vom Steuerabzuge bleiben bis auf weiteres frei besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Als regelmäßige Arbeitszeit soll dabei, sofern nicht besondere Verhältnisse im einzelnen Falle eine Ausnahme bedingen, die Arbeitswoche zu sechs Arbeitstagen, der Arbeitsmonat zu 25 Arbeitstagen und das Arbeitsjahr zu 300 Arbeitstagen gelten. Demgemäß sind von dem Steuerabzug alle besonderen Entlohnungen für Ueberstunden, Ueberschichten, Sonntagsarbeit und für sonstige, über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsleistungen bis auf weiteres freizulassen. Hat z. B. ein Arbeiter in einer Woche statt der regelmäßigen sechs Arbeitsschichten sieben Arbeitsschichten geleistet, so findet ein Abzug von dem für die siebente Schicht zu zahlenden Arbeitslohn nicht statt. Hat ferner z. B. ein Arbeiter in einem Monat eine Woche hindurch nicht gearbeitet, leistet er aber in den drei folgenden Wochen mehr als 18 Schichten, so hat der Abzug nur insoweit zu erfolgen, als die Vergütung für 18 Schichten gezahlt wird ohne Rücksicht darauf, ob die Lohnzahlung täglich, wöchentlich oder in andern Zeitabschnitten erfolgt. [1641]

Dresden, am 8. September 1920. **Finanzamt.**

In dem Gehöft des Wirtschaftsbesitzers Hugo Heymann in Wallroda, Nr. 26, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Als Sperrgebiet hat das bezeichnete Gehöft, als Beobachtungsgebiet der Ort Wallroda zu gelten. [112]

Dresden-Neustadt, am 9. September 1920.
Die Amtshauptmannschaft.

Sichergestellte Fleischmengen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt

in der Woche vom 6. bis 12. September 1920.

Für die Woche vom 6. bis 12. September 1920 werden im amtshauptmannschaftlichen Bezirke sichergestellt:

a) für Personen über 6 Jahre:
180 Gramm Corned beef.

b) für Personen unter 6 Jahren:
90 Gramm Corned beef.

Außerdem erhalten Personen über 6 Jahre 120 Gramm, Kinder bis zu 6 Jahren 75 Gramm amerikanisches Schweinefleisch. Der Verkauf findet durch den Fleischer statt, bei dem der Verbraucher seine Fleischmarkenkarte zur Belieferung abgegeben hat.
Als Kleinverkaufspreis werden für 180 Gramm Corned beef 3.50 M., 50 Gramm Schweinefleisch 3.70 M. festgesetzt.

Dresden-Altstadt, am 9. September 1920. [113]
Die Amtshauptmannschaft.

Sparkasse Niedersedlitz bei Dresden.

Der IX. Nachtrag unserer Satzungen vom 8. Februar 1920 über die Erhöhung der Einlagengrenze auf 20 000 M., Ergänzung der Bestimmungen über Sperrungen der Bücher und einige Aenderungen der Satzungen ist vom Ministerium des Innern genehmigt worden und liegt vom 10. September an zu jedermanns Einsicht im Geschäftsraum, Rathaus, 1. Stockwerk, Zimmer 3, aus.

Niedersedlitz, am 8. September 1920. [b 230]
Die Sparkassenverwaltung. Kaiser, Gemeindevorstand.

Pirna. Sonnabend: auf Abschnitt B der Landesfettkarten für Bedürftige 50 Gramm Butter. — Der Preis ist den Butterhändlern genau vorgeschrieben. — Verkaufsstellen: nach den Kundenlisten. [b 236]

Pirna, am 9. September 1920. **Der Rat der Stadt Pirna.**

Radeberg. Verteilung von Butter u. Schweineschmalz. Die Abschnitte E u. F der Landesfettkarte werden von Sonnabend den 11. Sept. ab mit je 50 Gramm Butter u. 50 Gramm Schweineschmalz beliefert. Verkauf findet in den mit der Butterverteilung beauftragten Geschäften statt. Preis für 1 Pfund Butter beträgt 17.80 M., für 50 Gramm demnach 1.78 M. Preis für 1 Pfund Schweineschmalz 16.80 M., für 50 Gramm 1.68 M. [b 239]
Verkauf von Kartoffeln Sonnabend den 11. Sept., vorm. 8–12 Uhr, auf dem Freudenberg. Beratung im Rathaus, Meldeamt, Erdgeschoß. Der Preis für 1 Pfund Kartoffeln beträgt 36 Pf. **Der Stadtrat.**

Wer das Billigste sucht,

darf, zumal heute, wo uns die Ententeländer als Lebensmittel ihre verwitterten Heeresbestände und verdorbenen Ramschwaren aufzwingen, nicht auf den Preis sehen. Vor allem gilt dies bei Kakao und Schokolade. Verstockte und verschimmelte Rohkakaos, wie sie in den Ententeländern während der Kriegszeit zurückgestellt worden sind, um damit Europas ausgehungerte Völker zu füttern, darf kein deutscher Fabrikant verarbeiten. Gesunde Rohkakaos, deren Herbeischaffung in Schiffsräumen gelungen ist, die nicht nach Räucherspeck, Hering und Tran aus den Kriegstransporten riechen, sind nur in erster Wahl zu finden und darum viel teurer. Für die Ernährung ist das Beste aber das Vorteilhafteste, zumal wenn die Erzielung der höchsten Nährwirkung bei der Verarbeitung maßgebend war, wie dies vor allem im Reichardtwerk selbstverständlich ist. Konsumenten, die bei Kakao und Schokolade Preislockungen verfallen, büßen es stets an Nährwert und Gesundheit. Wer daher das wahrhaft Billigste, also das Vorteilhafteste sucht,

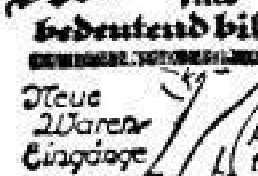
muss das Beste kaufen. [1457]

Reichardtfabrikate erhältlich in den Verkaufsfilialen: König-Johann-Straße 8, Prager Straße 6 sowie in allen an Schildern und Plakaten kenntlichen Geschäften. Sonst direkter Versand ab Reichardtwerk Wandsbek.

Das aus zweistöckigem
Hauptgebäude und Nebengebäude
bestehende Knappschafts-Krankenhaus zu Burgk
mit einer Grundfläche von 15 Ar einschließlich Obst- und Gemüsegarten ist zu verkaufen.
Elektrisches Licht, Zentralheizung, Badeeinrichtung vorhanden.
Kaufangebote erbeten an den **Vorstand der Knappschafts-Krankenkasse zu Burgk**, Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, **bis 15. September 1920.** [f 181]

Extra-Angebot!!!
Ein Posten **Flauschstoffe** für **Damen-Mäntel,** 140 cm breit, beste mollige Flauschware in vielen Farben . . . . Meter **59.00**
Ludwig Bach & Co., Wettinerstraße 3 [z 854]

Im Verlag von Kaden & Comp., Dresden, erschien soeben:
Edgar Hahnewald
Peter Schlemihls Erlösung.
Titelbild und acht Zeichnungen von Franz Gaudeck, Dresden.
Preis 7.50 Mark.

Schuhwaren sind bedeutend billiger!

Neue Waren-Eingänge — keine alten teuren Bestände! Moderne Formen!
Oestreich's Schuhhäuser
Ostraallee 11 • Freiberger Str. 121
In Meißen: Gerbergasse, Ecke Marktstr.
Für Wiederverkäufer nur Jahnstr. 5 am Wettiner Bahnhof.

Spülkannen Mutterspritzen alle Spülapparate u. Frauenartikel Versandhaus ... 8 Freiberger Platz 8 Damenbed. — [b 68]

Gummiwaren Wilhelm Illensinger Am See 37

Stuhlflechtrohr echtes, 2–4 mm Glanz, auch an Wiederverkäufer, liefert Max Doppel Rohrmöbelfabrik Holbeinstraße Nr. 5

Abfallholz verkauft [b 804] Lodse, Rosenstraße 4.

Arbeiterhosen Anzug- und Ulsterstoffe
Gute Qualitäten, reiche Auswahl in vielen mod. Dessins, treffen laufend in den Preislagen von M. 55.—, 65.— das Meter und höher ein. — Nur Lagerverkauf.
Otto Tamm, Tuchgroßhandlung [f 176] Dresden-A., Marienstr. 36.

Kupfer kg **10.50 M.**
Zinn bis **35.— M.**
Messing, Zink, Blei, höchste Preise, kauft
Schönherr, 52 Pillnitzer Straße **52**

Bett- u. Leibwäsche sowie Tisch- u. Hauswäsche, Federbetten, Gardinen und Stores verkauft sehr preiswert Engling, Albrechtstraße 12, I. [b 566]

Trauringe verkauft Schmidt, Amalienpl. 1

Quirle, Löffel, Nudelrollen, Konsolen, Handtuchhalter, Wäscheklammern usw., Besen, Seifenpulv. nur preiswert: Jüdenhof 3

Leben · Wissen · Kunst

Der Schandfleck

49

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber

Als Florian dem Weiche nahe war, der den Reindorferhof verdeckte, hörte er jemand auf der Straße einherlaufen, und als er um das Gesträuch bog, rannte ein Mann an ihn. Er erkannte den alten Knecht Reindorfers.

„Nun, was gibt's so eilig?" fragte er.

„Halt ja, eilig, — guten Abend," — sagte der Knecht. „Den Bader haben wir im Haus. Die Bäuerin will versterben, ich muß nach 'm hochwürdigen Herrn laufen. Gute Nacht!"

„Gute Nacht! Die Bäuerin will versterben!" Er betrachtete den Reindorferhof, der friedlich im Abendschatten vor ihm lag. „Wie lang dauert's, so bringt der junge Bauer eine neue Bäuerin darauf. Etwa die Metzger Seferl." Er lachte höhnisch. „Dann entspinnt sich aufs neue die alte Geschichte zwischen dem Hof und der Mühl'!" Er lachte nicht mehr, ihn fröstelte.

Er stieg hastig den Weg hinan, der über die Wiese und durch das Tannenwäldchen führte. Er kam bis zum Weißdornstrauch.

„Wie dumm. Man will mich heut' auf einmal alles erinnern. Ich mein', sollt' ich jetzt durch den Tann, ich könnt' weinen wie ein kleiner Bub'!"

Er kehrte wieder um und verfolgte den Weg auf der Straße.

„Da haben wir uns auch einmal als Kinder getummelt. — Daß es mich gerade heute überkommt?!" — „Da geh' ich einher und mir ist, daß ich keinen Wurm vom Halm streifen und keine Schnecke zertreten möcht'! Ei ja, so sieht einer aus, der morgen mit dem Urban von Zirbendorf anbinden will!"

Das half. Er trat wieder strack auf, und was im Wege war, das mochte sich vorsehen.

Es war in der Nacht, als der Pfarrer auf dem Reindorferhofe anlangte.

Er trat in die Stube, in der Ecke stand das Bett, darin die Bäuerin lag, sie atmete schwer. Ein Oellämpchen beleuchtete spärlich den Raum und warf einen schwanken, matten Kreis auf den Tisch, worauf es stand, daran saß der

„Guten Abend, Reindorfer, wie geht es?" fragte der Pfarrer; er war die Zeit über noch beleibter geworden, aber er hatte seine Lebhaftigkeit eingebüßt.

„Ich küss' die Hand, Hochwürden," sagte der Bauer. „Schlecht geht es, recht schlecht. Ich schreib' gerade an die Magdalen', auch der Liese hab' ich Botschaft sagen lassen. Es ist nur, daß die Kinder es wissen, zu sehen verlangt sie sich Keines. Ich soll die nur zulassen, wenn sie aufgebahrt sein wird."

„Sonderbar, die Kinder will sie nicht um sich?"

„Nein. Ich werd' sie wecken, Hochwürdiger Herr, damit sie beichtet."

„Laßt es gut sein. Ich will es schon abwarten, bis sie von selbst wach wird."

„Ich bin wach," sagte die Kranke plötzlich.

„So will ich Euch Beichte hören, Reindorferin." Der Pfarrer setzte sich an das Bett der Sterbenden, der Bauer wollte sich entfernen, aber sie machte eine heftige Bewegung, als wollte sie ihn zurückhalten, so daß der Seelsorger sich rasch erhob und sagte: „Bleibt nur da, Reindorfer."

Derselbe Mann trat zurück an den Tisch und stützte den Kopf in die Hände. Es rührte und regte sich nichts, nur das Geflüster und leise Geschluchze der Beichtenden drang eintönig an sein Ohr.

Der Pfarrer bewegte sich und trat auf den Bauer zu. „Reindorfer," sagte er, „Sein Weib ist nun mit Gott versöhnt, aber ehe ich ihr das heilige Abendmahl reiche, begehrt sie noch Seine Verzeihung für all' das, womit sie sich gegen Ihn versündigt hat. Reindorfer, Er ist ein Christ, habe ich es nötig, Ihm viel Worte darüber zu machen?"

„Nein, Hochwürden, dasselbe ist nicht not. Sie hat schon Recht, wenn sie das begehrt, denn unser Herrgott nimmt die Dinge wohl nicht so auf wie ein Mensch und darum ist es gut, man verlangt auch den Menschen ihre Verzeihung ab! Sie hat auch Recht, — gleichwohl sie hat merken können, ich trage ihr nichts nach, — wenn sie es gesagt haben will, denn solch ein Wort zur letzten Zeit' ist wahrhaft und läßt sich nicht lügen und nicht leugnen." — Er trat heran an das Bett. — „Rosel, wenn ich daran denk', wie lange du brav und ehrlich warst, vermöcht' ich nicht, die in deinem Sterben nachzutragen, daß du einmal schwach und hinfällig gewesen."

Das Weib schluchzte heftig. Der alte Mann fuhr sich über die Augen mit der Rechten, dann erhob er sie feierlich. „Und so sag' ich dir denn, daß ich dir Alles vom Grunde des Herzens verzeihe, so wahr ich mir dereinstens von Gott und den Menschen das Gleiche erhoffe. Amen!"

Er legte seine zitternde Hand in die ihre, sie faßte ihn daran und hielt den Blick der matten Augen starr auf ihn gerichtet. „Mein Joseph, so ist es nun recht geworden und nun bleibt es. Ich wollt' nur, ich hätt' noch ein Leben mit dir, — du solltest es anders haben." Wieder weinte sie heftig.

„Tu' dich nicht aufregen, der Hochwürdige Herr versammelt schon das Gesind'!"

„Du bleib' bei mir, Joseph, du bleib' bei mir, auch vor den Leuten, gelt ja, — das ist unser neuer Brauttag, unser Brauttag."

Der Pfarrer, der vor die Türe getreten war, führte jetzt den Meßner und das Gesinde herein. Als er der Bäuerin die kirchliche Tröstung reichte, trat er selbst nur einen Schritt heran und vertrieb den Bauer nicht von seinem Platze, und als sie gingen, winkte er ihm mit stillem Gruße, zu bleiben.

Ueber eine Weile waren die Leute fort, die Bäuerin atmete ruhiger, es löste sich ihre Hand, sie war eingeschlummert. Der Bauer trat leise von ihrem Bette zurück, ging nach dem Tische und griff nach der Feder. Er hatte an Magdalene geschrieben, wie es um ihre Mutter stehe und daß sie für dieselbe beten solle. Jetzt fügte er noch hinzu, daß sie eben mit den Sterbesakramenten versehen worden sei und daß er ihr vom Grunde des Herzens vergeben habe.

Er beendete den Brief nicht, es ward ihm gar ängstlich in der Stube, er schlich sich hinaus nach dem Hofe und tat einige tiefe Atemzüge.

„Ihre Reu' hat mir schier weggetan," murmelte er. „Es ist doch ein eigenes herzverschnürend' Wesen um so ein Sterbendes, wie bald und es soll nimmer sein; da möcht' man vorneh' noch einmal den ganzen Herzinhalt vor ihm ausschütten, aber er will nicht ins Wort, bis es vorbei ist, und man behält das Ganze für sich, ungesagt und ungehört. O du mein Gott! Wie hilft sich doch Alles auf der Welt so elendig durch, was geboren wird, bis es wieder versterben muß! Halt ja, müssen wir uns allesamt rechtschaffen erbarmen! Von der Lieb soll mir Keiner sagen, die sucht ihren Grund und hat ihr Ansehen, das Erbarmen fragt nicht danach, dem ist genug, daß Eines mit da ist, das Erbarmen unter einander, es ist noch das Beste!"

Er horchte auf, wohl regte sich nichts, aber er eilte mit leisen Schritten zurück an das Sterbelager seines Weibes.

(Fortsetzung folgt.)

Hellerau

Von der Bildungsanstalt Jaques Dalcroze, Hellerau, wird uns geschrieben:

Die in den letzten Tagen von Dresdner und andern Zeitungen gebrachten Nachrichten über einen Verkauf der Hellerauer Bildungsanstalt an ein industrielles Unternehmen treffen in dieser Form nicht zu. Richtig ist, daß die Leitung der Bildungsanstalt für ihre leerstehenden Unterrichts- und Aufführungsgebäude eine neue Verwertung sucht. Hierbei können finanzielle Gesichtspunkte nicht mehr wie bisher völlig in den Hintergrund geschoben werden, nachdem die Anstalt ihre Anlagen während der letzten sechs Jahre pädagogischen und künstlerischen Unternehmungen teilweise sogar unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat. Ein solcher Idealismus war nur dadurch möglich, daß die Anstalt von einigen ihrer Freunde durch Gewährung von Beihilfen wirtschaftlich erhalten wurde. Genau das gleiche ist bei der Gartenstadtgesellschaft der Fall. Es zeigt sich eben, daß sowohl die Bildungsanstalt wie die Gartenstadt Unternehmungen von einem wirtschaftlichen Ausmaß und einer kulturellen Tragweite sind, die das finanzielle Leistungsvermögen einzelner Personen auf die Dauer übersteigen. So richtig es ist, daß die geistige Leitung derartiger Unternehmungen lebendiger privater Initiative überlassen bleibt, so unumgänglich nötig ist es auf der andern Seite, daß die Finanzierung von größeren Verbänden privat oder öffentlich rechtlicher Natur übernommen wird.

Die jahrelangen Bemühungen der Anstaltsleitung um Gewinnung einer derartigen organisatorischen und finanziellen Grundlage sind immer wieder auf Gleichgültigkeit, ja sogar Mißtrauen und Anfeindung gestoßen und gescheitert. Der letzte Versuch, die Anstaltsgebäude und das Gartenstadtgelände ihrer bisherigen Bestimmung zu erhalten, richtete sich an die deutsche Jugend und führte zu Verhandlungen mit dem Arbeitsamt der Freideutschen Jugend in Hamburg, bei dem zwar volles Verständnis für die Aufgabe, die hierzu erforderlichen bedeutenden finanziellen Mittel aber zunächst noch nicht gefunden wurden. In der letzten Zeit sind auch industrielle Unternehmungen mit Angeboten aufgetreten. In welcher Richtung die Entscheidung fallen wird, steht heute noch nicht fest. Sicher ist, daß nur eine solche Verwertung der Anstaltsanlagen in Frage kommt, bei der die kulturelle Bedeutung Hellerauf erhalten bleibt.

Theater

Opernhaus. Sigrid Hoffmann-Onegin, die wir Dresdner als Konzertsängerin großen Stils bereits oft und hoch zu würdigen Gelegenheit hatten, zeigte uns gestern, daß sie auch von der Bühne herab gleich starke künstlerische Eindrücke zu vermitteln vermag. Ihre Darstellungsgabe ist lebendig und eindringlich; man glaubt dem Wesenskern der gespielten Person ganz nahe zu sein. Und so gestaltete denn Frau Sigrid als Amneris in Verdis süß-melodischer Oper Aida ein ergreifendes Bild leidenschaftlicher Liebe. In der Weise des körperlichen Ausdruckes geht die Darstellerin ziemlich weit — wir sind beherrschteres Spiel gewöhnt —, und in Augenblicken starker Erregung komponiert sie auch wohl ein paar Noten auf Ach und Oh dazu; aber das besagt wenig gegenüber der echten Größe ihres Könnens. Und ihm stand das ihrer Mitspieler vollkommen ebenbürtig gegenüber: Plaschke (Amonasro), Battiera (Radames), Elisabeth Retzberg (Aida) und Zottmayr (Ramphis) — wohl nirgends sonst vereinigt sich ein solcher Reichtum kultivierter Kräfte. Dazu das Meisterorchester und der klangschöne, wohldisziplinierte Chor! Kapellmeister Striegler regierte diesen prächtigen Apparat. P. B.

Schauspielhaus. Wieder ein paar hübsche Schmuckstücke aus älterer Schatulle — blank poliert und aufgefrischt glänzten sie nur so. In Hartlebens Einakter stellte Fritz aus Rudolstadt (Alexander Wierth) mit so viel innerer Ueberzeugung seine „sittliche Forderung" an die freie fröhliche Rita Rivera (Alice Verden), daß die drollige Wirkung vollkommen erzielt wurde. Die Erinnerung an Hermine Körner taucht auf, aber Alice Verden kann mit äußerem Glanz und inneren Werten neben dieser Erinnerung bestehen. Beide Darsteller waren glänzend aufeinander eingespielt. Man gewann die Ueberzeugung, daß Fritz und Rita sehr hübsche Stunden haben werden trotz der sittlichen Forderung.

Das hübsche Genrebild Die Abrechnung von Gustav Wied ist der Altmännerwelt entnommen, wenn der Abend sich zur Nacht neigt. Die Gefühle verebben, die Leidenschaften sind stiller geworden, nur ein paar Flammen noch aus Aschenglut. Zwischen den beiden Männern Helms und Krakau steht ein Vorgang, der einst zu Mord und Totschlag hätte führen können. Die alten Augen sehen die Dinge anders an. Ein höheres Verstehen, ein besseres Vertragen einigt die beiden Alten. Das kleine Werk ist sehr auf Milieuwirkung gestellt, die aufs beste erfüllt wurde. Ponto, dieser wundervolle Darsteller alter Menschen aus enger Welt, lebte den alten Helm mit einer Treue, daß man des Theaters vergaß. Mit ihm war es Adolf Müller, der die Stimmung des hübschen Werkes bestimmte. Alle andern alten und uralten Männer wurden fein charakterisiert. Frische Jugend vom Kreuzchor sang das Waldemarlied. Ueber dem Ganzen lag der Hauch biedermeierlichen Behagens. bg.

Dresdner Kalender

Theater am 11. September. Opernhaus (Gastspiel Sigrid Hoffmann-Onegin): Der Troubadour (7½). — Schauspielhaus: Iphigenie auf Tauris (7½). — Albert-Theater: Franziska (7½). — Zentral-Theater: Der letzte Walzer (7). — Residenz-Theater: Der Heiratskandidat (7).

Galerie Arnold. Dr. Kurth vom Berliner Museum, ein hervorragender Kenner der graphischen Kunst, spricht an diesem und nächsten Sonnabend abend in der Galerie Arnold über das Thema Die Hauptprobleme der modernen Graphik und wird die Gebiete Radierung, Lithographie und Holzschnitt an auserlesenen Beispielen behandeln.

Kleine Mitteilungen

„Verflucht sei der Acker!" In Berlin ist dieser Tage endlich das schon vor dem Kriege erschienene Landarbeiter-Drama „Verflucht sei der Acker" durch den Sozialdemokratischen Bildungsausschuß zur Aufführung gelangt und hat trotz unzulänglichen Mitteln in Darstellung und Ausstattung lebhaften Beifall gefunden. — Zwei sozialdemokratische Zeitungsschriftsteller haben es gedichtet. In Rostock tätig und mit den ländlichen Zuständen Mecklenburgs vertraut, schrieben sie mehrere soziale Stücke aus dem Landvolkleben, von denen dieses dramatisch das beste ist. Jetzt ist von den beiden nur der eine, Robert Respital, an der Arbeit geblieben. Der andre, Franz Starosson (er hat eine Zeitlang der mecklenburgischen Revolutionsregierung angehört), ist im vorigen Jahre als einer, der den letzten Funken Kraft seiner politischen Sache hingeopfert hat, gestorben. Das Drama ist ein einfach und klar gefügtes Mittelstück, das in allem Wesentlichen sozial und menschlich wahr ist. Es behandelt den Untergang einer Tagelöhnerfamilie im Kampf mit dem adligen Gutsbesitzer. Von besonderer Bedeutung im Drama ist die Gestalt des Hofgängers Reimers, die von dem Genossen Kuttner vom Vorwärts wirkungsvoll verkörpert wurde.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Freitag den 10. September: Johannstadt. Die Literarische Arbeitsgemeinschaft tritt heute abend 7 Uhr bei Mad, Blumenstraße 69, erstmalig zusammen. Schillers Sturm- und Drangdramen: Die Räuber und Fiesko. — Striesen. Vortrag: Demokratie und Sozialismus. — Loschwitz. Geselliges Beisammensein. — Gorbitz. Volkstänze, 7 Uhr. — Trachenberge. Spiele im Freien, 7 Uhr, Hubertusplatz. — Sonnabend den 11. September: Coschütz-Gittersee. 8. Vortrag: Die Urzeit der Menschen. — Sonntag den 12. September: Zwei Bezirksveranstaltungen. Bezirk Dresden-West. Auf zum Jugendtag nach Wilsdruff! Daselbst Demonstration. Auf einer Wiese Spiele, Volkstänze und andre Darbietungen. Instrumente und Fahnen sind mitzubringen! Ueber Solidarität. — Die Bezirke Altstadt und Neustadt, auf zum Jugendtag nach Radeberg! Veranstaltungen wie in Wilsdruff. Instrumente und Fahnen sind mitzubringen! Unterstützt unsre Brüder und Schwestern der auswärtigen Gruppen durch rege Beteiligung an diesen Veranstaltungen.

Sport · Spiel · Körperpflege

Arbeiter-Sportgenossen aller Verbände. Sport und Politik lautet das Thema, über das heute Freitag, abends 7½ Uhr, in der Turnhalle Bundesturnwart Koppisch sprechen wird. Dieses zeitgemäße Thema dürfte das größte Interesse beanspruchen. Kein Sportler darf fehlen.

Touristenverein Die Naturfreunde, Dresden. 12. September: Tagestour: Butterberg, Sibyllenstein. Abfahrt 5,32 Uhr nach Bischofswerda. — Nachmittags: Lößnitzwanderung. Abfahrt 1,27 Uhr nach Radebeul. — Klettertour ins Rathener Gebiet. Abfahrt 6,10 Uhr nach Rathen. — Jugendwanderung durch die Heide. Abmarsch 7 Uhr vom Waldschlößchen. Nachmittags 2 Uhr Kinderwanderung in die Heide. Abmarsch vom Klaunplatz. Phototour nach Moritzburg. Abmarsch 7 Uhr vom Wilden Mann. Sektion für Naturkunde: Cotta-Spitzberg. Abfahrt 7,18 Uhr nach Langenhennersdorf. — 13. September: Führersitzung in der Frischauf-Schänke. — Loschwitz und Umg.: 12. September: Nachmittagswanderung nach dem Windberg. Abmarsch 1 Uhr vom Plauen. — Briesnitz-Cossebaude: 12. September: Morgenwanderung nach dem Tännichtgrund. Abmarsch 5,30 Uhr an der Talstraße. — Lößnitzortschaften: 12. September: Heidewanderung. Abmarsch 1 Uhr von den Linien, Radebeul. — Radebeul-Oelsa: 12. September: In die Dresdner Heide. Abmarsch 12 Uhr vom Sängerheim. — Radeberg: 12. September: Stiftungsfest im Gasthof zum Roß. — Leuben und Umg.: 12. September: Tagestour: Bärsangründe. Abfahrt 5,59 Uhr nach Schmilka. — Pirna-Copitz: 12. September: Dresdner Heide. Abmarsch 6 Uhr vom Copitzer Bahnhof. 11./12. September: Klettertour ins Höhlengebiet bei Niedergrund. Abfahrt 11. September 5,15 Uhr nach Schöna. 12. September: Jugendwanderung. Abmarsch 7½ Uhr vom Schützenhaus.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Der Bezirks-Herbstwaldlauf findet Sonntag den 12. September in der Dresdner Heide statt. Beginn früh 9 Uhr. Umkleidelokal Fischhaus. Eine große Zahl Läufer hat sich gemeldet und es dürfte interessant sein, dem Verlauf der Veranstaltung beizuwohnen. — Löbtau. 11. September: Wanderabend mit Musik nach Hauckerode. Abmarsch 6 Uhr vom Gasthof. — Pesterwitz. 11. September: Wanderabend nach Klipphausen. Abmarsch 6 Uhr vom Gasthof. — Dresden-A. 1. Abteilung. Innere Altstadt. 14. September, 9 Uhr: Versammlung bei Hause. — Striesen. 11. September: Monatsversammlung im Vereinslokal. 12. September: Vereinswettspielturnen und Wettspiele auf den Elbwiesen, Platz B. Beginn 2 Uhr.

Fußballsport. Pieschen. 11. September: Spielerversammlung im Kurfürst Moritz. Jugend 7 Uhr, Mitglieder 8 Uhr. Resultate: Pieschen 1. — Sp.-V. 01 1. 1:2, Pieschen 2. — Radeberg 2. 0:1, Pieschen 3. — Cotta 4. 3:1, Pieschen 3. — Cotta 4. 3:1, Pieschen 2. (Jug.) — Radeberg 2. (Jug.) 1:4. — Gittersee. Resultate: Gittersee 1. — Löbtau 2. 0:2, Gittersee 2. — Sturm 1. 5:1, Gittersee 4. — Deuben 5. 2:2. Raffball: Gittersee 1. — Deuben 1. 0:0. 12. September: Verbandsspiel, vormittags 10 Uhr: Gittersee 1. (Jug.) — Deuben 1. (Jug.); 11 Uhr: Gittersee 4. — Dippoldiswalde 2.; 1 Uhr: Gittersee 3. — Sturm 1.; 3 Uhr: Gittersee 2. — Dippoldiswalde 1. — Deuben. Resultate: Deuben 5. — Gittersee 4. 2:2, Deuben 5. und 4. komp. — Bannewitz 2. 2:1, Deuben 3. — Bannewitz 1. 3:3, Deuben 3. — Cunnersdorf 1. 7:1. — Briesnitz-Cotta. 11. September: 1. Schülermannschaft — D. Sp.-V. 1., 5 Uhr Elbwiesen. 2. Schülermannschaft — Radeberg 1. 3 Uhr Hebbelstraße.

Kraft-Sportverein Herkula. 11. September: Familienabend in der Grünen Wiese. Beginn 6½ Uhr.

Radeburg. Zentralverein für Sport und Körperpflege. Sonnabend den 11. September, abends 8 Uhr, im Restaurant zur Quelle: Wichtige Zusammenkunft. Es ist Pflicht eines jeden Sportgenossen, zu erscheinen.

Neue Bücher

Die Oberlausitzer Heimat. Ein Volkskalender auf das Jahr 1921. Herausgegeben von Prof. Dr. Kurt Müller und Direktor Emil Glauber d. J. Verlagsanstalt Görlitzer Nachrichten und Anzeiger, Görlitz. Preis 2,50 M. (zuzüglich 20 Prozent Teuerungszuschlag). — Zahlreiche Zeichnungen berufener Heimatkünstler und photographische Abbildungen vervollständigen die reizvolle textliche Fülle der Wanderdarstellungen, volkskundlichen Abhandlungen, geschichtlichen und vorgeschichtlichen Aufsätze, Erzählungen und Weisgaben. Gewissenhaftigkeit und Sammlerfleiß offenbaren sich dazu bis in die tausend kleinen praktischen Beigaben hinein, die ja in einem echten, vielseitigen Kalenderratgeber nicht fehlen dürfen. Noch etwas besitzt „Die Oberlausitzer Heimat": eine heimatliche Theater- und Vereinsjahresschau.

Die Lüge vom Hohenzollernsegen. Nach den Quellen dargestellt von Benno Müller. Diekzen, München 1920. Verlag J. C. Huber. 269 Seiten Großoktav. Preis geb. 18 M. In der Hohenzollernlegende des Vorwärtsverlags besitzt unsre Parteiliteratur ein umfassendes Werk, das die volks- und kulturfördernde Tätigkeit der Hohenzollernfürsten im wahren Lichte zeigt. Aber weil man diese Darstellung, obwohl sie in jeder Beziehung aktenmäßig ist, vielleicht parteiisch nennen könnte, ist es wohl gut, eine rein bürgerliche, gleichfalls aus den Urkunden und den glaubwürdigen Berichten der Zeitgenossen gezogene, handliche Geschichte zu besitzen, die zu dem gleichen Ergebnis kommt wie die sozialdemokratische Kritik. Der bayerische Schriftsteller B. Müller schrieb im Jahre 1865, kurz vor dem deutschen Bruderkriege, der aus dynastischen Interessen angezettelt wurde, ein Buch: Die Hohenzollernkönige in der Kulturgeschichte. Es erschien 1866 in Frankfurt a. M., kurz vor der Eroberung und Annexion dieser freien Stadt durch Preußen. Wenige Tage nachher wurde der größte Teil der Auflage beschlagnahmt und vernichtet. Nun wurde hierdurch fast unbekannt gebliebene Buch unter dem obigen Titel neu aufgelegt, anscheinend mit partikularistischen Hintergedanken, da man auch dem heutigen republikanischen Preußen Vergewaltigungsabsichten der Kleinen zutraut. Aber diese Absichten würden, wenn sie wirklich vorhanden wären (was bezweifelt werden muß), durch die Demokratie der Arbeiterschaft verhindert werden; im ganzen kann eine etwas größere Einheitlichkeit nur nützlich sein. Jedoch seinen wesentlichen Zweck, die Abschreckung vor einer monarchischen Reaktion, erfüllt das Werk bestens. bs.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200910/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG